

Ö F F E N T L I C H E N I E D E R S C H R I F T

über die 15. Sitzung des Rates

vom: **15.06.2022**

von: **16:00 Uhr**

bis: **17:30 Uhr**

Ort: **Siegerlandhalle, Koblenzer Straße 151,
57072 Siegen, Leonhard-Gläser-Saal**

Anwesend waren:

Vom Rat:

Bürgermeister Mues, Steffen	als Vorsitzener
Stv Becker, Melanie	
Stv Bell, Achim	
Stv Bertelmann, Hans-Günter	
Stv Bialowons-Sting, Eva-Marie	
Stv Bleckmann, Lisa	
Stv Böcking, Verena	
Stv Boller, Joachim	
Stv Christian, Thomas	
Stv Cziba, Ansgar	
Stv Dil, Yilmaz	
Stv Eberlein, Birgit	
Stv Eckhardt, Klaus	
Stv Englert, Franz	
Stv Grimm, Benjamin	
Stv Grisse, Robert	
Stv Groß, Michael	
Stv Hähner, André	
Stv Heilmann, Martin	
Stv Helm, Martin	
Stv Heupel, Rüdiger	
Stv Hof, Felix	

Stv Hokkaömeroglu, Emetullah

1. stellv. BM Jung, Angela

2. stellv. BM Kamieth, Jens

Stv Keßler, Silvia

Stv Klein, Marc

Stv Köckritz, Anja Alexandra

Stv Könen, Wolfgang Max

Stv König, Svenja

Stv Kraft, Florian

Stv Krumm, Heike

Stv Langer, Günther

Stv Lorenz, Reiner

Stv Ludewig, Chiara

Stv Molzberger, Adhemar

Stv Patt, Alexander

Stv Pfeifer, Joachim

Stv Pflogsch, Teresa Elisabeth

Stv Reifenrath, Frank

Stv Rompf, Jürgen

Stv Rompf-Selimi, Nazlije

Stv Rujanski, Detlef

Stv Schiltz, Ingmar

Stv Schmidt, Isabelle Cathrin

Stv Schmidt, Lena

Stv Schmidt, Sabrina

- bis 18.27 Uhr (TOP 8)

Stv Schneider, Silke

Stv Schoew, Torsten

Stv Schulz, Jürgen

Stv Schwarz, Sibylle

Stv Schwarzer, Michael

Stv Shirley, Julia

Stv Six, Annette

Stv Sondermann, Christian Paul

Stv Stahl, Peter H.

Stv Steuber, Hartmut

Stv Stinner, Jürgen

Stv Thimm, Heiko

Stv Tigges, Johannes

Stv Wagener, Tanja

Stv Walter, Klaus Volker

Stv Weber, Frank

Stv Wittenburg, Samuel

Stv Dr. Zybill, Christian

Von der Verwaltung:

StK Cavelius
StR Fries
StBR Schumann
Dezernent Schmidt
Städt. VD Werthenbach
VA Helmes
VA Spötter
Leitende städt. RD Schneider-Reimann
VA Dr. Schutz
VA Daub
StAR Münker

Nicht anwesend waren:

Stv Harnacke, Maik
Stv Klein, Henning
Stv Lechthaler, Tim
Stv Nüchtern, Markus
Stv Steffe, Roland

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Zur Tagesordnung:

Der öffentliche Teil wird einvernehmlich um die Punkte 20 und 21 ergänzt.
TOP 5 wird entsprechend der Beratung im Haupt- und Finanzausschuss abgesetzt.

Herr Wittenburg erklärt, dass der unter TOP 3.1 aufgeführte Antrag der Volt-Fraktion erst im Bezirksausschuss Mitte beraten werden soll.

1. Hinweise zur Niederschrift über die Sitzung vom 11.05.2022

Da die Niederschrift noch nicht allen Mitgliedern vorliegt wird der Punkt zurückgestellt.

15. Rat 15.06.2022

2.1 Wartezeiten in den Bürgerbüros - Anfrage der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AF 95/2022

Vorlage Nr. AF 95/2022 A

Die Fragen sind in der Ergänzungsvorlage beantwortet.

Auf Nachfrage von Herrn Wittenburg merkt Herr Fries an, dass eine verbindlich Aussage nicht getroffen werden kann, wann wieder „normale“ Wartezeiten möglich sein werden, da diese von Bedingungen abhängen, die verwaltungsseitig nicht beeinflusst werden können.

15. Rat 15.06.2022

2.2 Jahreswechsel 2022/2023 (AF 85/2021) - Anfrage der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AF 96/2022

Vorlage Nr. AF 96/2022 A

Die Fragen sind in der Ergänzungsvorlage beantwortet.

Herr Wittenburg stellt fest, dass im Dezember 2021 die Frage nach einem stadtweiten Verbot von Feuerwerk anders beantwortet wurde.

Herr Fries verweist dazu auf unterschiedliche Rechtsprechungen zu dieser Frage. Generell gilt, dass Einzel- oder Allgemeinverfügungen auch tatsächlich durchsetzbar sein müssen. Dies ist in der Silvesternacht in der Praxis nicht vorstellbar.

15. Rat 15.06.2022

2.3 Sachstand Umsetzung des Ratsbeschlusses zum Bürger*innenrat - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Vorlage Nr. AF 97/2022

Vorlage Nr. AF 97/2022 A

Die Fragen wurden mit der Ergänzungsvorlage beantwortet.

Das Thema steht nach der Sommerpause auf der Liste zur Bearbeitung, so Herr Werthenbach auf Nachfrage.

15. Rat 15.06.2022

2.4 KAG-Beiträge
- Anfrage der FDP-Fraktion

Vorlage Nr. AF 98/2022

Die Fragen wurden unmittelbar im Deckblatt zu Vorlage beantwortet.

15. Rat 15.06.2022

3. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

3.1 Prüfauftrag für eine eingezäunte Hundewiese
- Antrag der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AT 194/2022

Die Vorlage wurde abgesetzt.

15. Rat 15.06.2022

3.2 Kommunalpolitik in der Schule (KidS)
- Antrag der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AT 195/2022

Herr Kraft schließt sich den Argumenten der Antragsteller namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Im Vordergrund sollten weniger die parteipolitische Diskussion als vielmehr das Erleben kommunalpolitischer Entscheidungswege stehen. Gemeinsam mit den Schulen wäre zu eruieren, wie und zu welchen Themen sich die Schülerinnen und Schüler einbringen möchten.

Frau Schneider begrüßt die Idee, über ein solches Projekt das Interesse an kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen zu wecken. Inhaltlich sieht sie jedoch die Zuständigkeit des Ausschusses für Schule und Bildung.

Herr Schiltz schließt sich hinsichtlich der Zuständigkeit an und beantragt namens der SPD-Fraktion die Verweisung an den Fachausschuss. Es muss auch deutlich werden, dass es sich um ein *Angebot* an die Schulen handelt.

Generell bittet er bei Anträgen die Zuständigkeit der Ausschüsse zu beachten.

Die FDP-Fraktion teilt die Auffassung seines Vorredners, so Herr Könen.

Die UWG-Fraktion kann den Antrag als solchen unterstützen, so Herr Langer.

Herr Kraft sieht keinen Hinderungsgrund, inhaltlich im Fachausschuss zu diskutieren, wenn der Rat grundsätzlich zustimmt.

Herr Wittenburg weist darauf hin, dass das Projekt bereits in anderen Kommunen umgesetzt wurde. Daher hält er den Antrag aufrecht.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Umsetzungsplanung für ein langfristiges Projekt „Kommunalpolitik in der Schule (KidS) beginnend mit dem Kalenderjahr 2023 zu erarbeiten und den entsprechenden Fachausschüssen und dem Rat im 3. Quartal 2022 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Beratungsergebnis: 29 Stimmen dafür, 30 dagegen, Enthaltungen

15. Rat 15.06.2022

3.3 Gleiche Brust für Alle! (Änderung der Badeordnung)
- Antrag der Volt-Fraktion

Vorlage Nr. AT 196/2022

Frau Ludewig verweist zur Begründung auf die Gleichberechtigung der Geschlechter, die sich auch in der Wahl der Badekleidung niederschlagen sollte.

Frau Shirley stimmt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Argumentation zu.

Herr Könen und Herr Walter sehen Konfliktpotenzial im Hinblick auf die Gepflogenheiten anderer Kulturen.

Herr Bertelmann kann der Argumentation grundsätzlich folgen und sieht die Wahl der Badekleidung jeder Person selbst überlassen. Ungeachtet dessen sollte die Badeordnung auf die Aktualität der Regelungen, z. B. im Hinblick auf die Nutzung von Handys, überprüft und im Fachausschuss besprochen werden.

Für die Antragsteller greift Herr Wittenburg den Hinweis auf und ergänzt den Antrag entsprechend.

Beschluss:

Die Haus- und Badeordnung für die Hallen-, Warmwasser- und Naturfreibäder der Stadt Siegen wird in § 5 Verhaltensregeln (3) wie folgt geändert:

Der Aufenthalt im Nassbereich der Bäder ist grundsätzlich nur in üblicher Badebekleidung aus geeignetem Material und mit Badeschuhen oder barfuß gestattet. Dabei muss die Badebekleidung lediglich die primären Geschlechtsmerkmale vollständig bedecken.

Die Verwaltung wird gebeten, die Haus- und Badeordnung insgesamt auf ihre Aktualität zu überprüfen und dem Fachausschuss zu berichten.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (20 Stimmen dagegen)

15. Rat 15.06.2022

4. Errichtung einer vierten Gesamtschule zum Schuljahr 2023/2024

Vorlage Nr. VL 946/2022

Herr Pfeifer stellt für die SPD-Fraktion fest, dass eine grundlegende Veränderung der Schullandschaft in Siegen zur Entscheidung ansteht. Die neue Schullandschaft wird danach zwei Säulen mit den Gymnasien und dem integrativen Schulsystem aufweisen. Die Anmeldezahlen zeigen, dass diese Struktur dem Elternwillen entspricht. Das integrierte Schulsystem ist dabei kein „Restsystem“ neben dem Gymnasium, sondern eine Alternative mit einer eigenen besonderen Qualität. Alle Kinder gehen gemeinsam in eine Schule, in der sie nach Begabung im Rahmen des Ganztags unterrichtet und gefördert werden. Damit wird die umfassende Teilhabe aller Kinder, auch der Schwächsten, an der Gesellschaft erreicht. Alle Abschlüsse sind möglich und für alle offen. Dies entspricht auch dem internationalen Standard und dem Anspruch nach einer integrativen und heterogenen Beschulung. Kein Kind wird abgeschult sondern kann sich im Rahmen seiner Möglichkeiten in Ruhe entwickeln.

Bezug nehmend auf die kommunale und regionale Bildungsplanung ist festzustellen, dass sich für die Stadt Siegen mit der Reduzierung auf zwei Systeme endlich Klarheit und Planbarkeit ergibt. Der jährliche Stress im Hinblick auf die Anmeldezahlen und die jährlich wiederkehrende Unsicherheit für den Bestand einzelner Schulen wird entfallen.

Die ablehnende Haltung der Umlandgemeinden erstaunt. Diese haben seit Jahrzehnten davon profitiert, dass Gesamtschulplätze in Siegen in erheblichem Maße für deren Kinder vorgehalten wurden und die Wünsche Siegener Eltern und Kinder nicht berücksichtigt werden konnten.

Die nunmehr anstehende Entscheidung sieht er als eine gute Perspektive für die künftige Entwicklung der Siegener Schullandschaft.

Herr Kraft unterstreicht namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Ausführung zu den Rahmenbedingungen und der Philosophie einer Gesamtschule. Er erinnert an die lange und intensive Diskussion im Fachausschuss, im Arbeitskreis und in den Schulen selbst. Festzustellen ist, dass an allen Schulen eine gute pädagogische Arbeit geleistet wird und gute Konzepte umgesetzt werden. Der Vorschlag, eine neue Gesamtschule zu gründen, basiert ausdrücklich nicht auf einer Kritik an der Arbeit vor Ort, sondern auf den Mängeln im gesamten System. Das vorhandene Angebot ist nicht kompatibel mit den Wünschen der Eltern, was sich an den Anmeldezahlen ablesen lässt. Die vorhandene Hauptschule kann gute Förderkonzepte vorweisen, separiert aber die Schülerinnen und Schüler und beschränkt die Chancen zur Teilhabe. Diese Möglichkeit zur umfassenden Teilhabe ist für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ein sehr wichtiges Argument. Der in den vorhandenen Konzepten starke Bereich der beruflichen Orientierung muss auch an einer neu zu errichtenden Gesamtschule ein ebenso starker Eckpfeiler werden, wie auch der Bereich der kognitiven Förderung. Er ist zuversichtlich, dass

die Konzeptgruppe diese Bausteine in das Konzept integrieren wird, wie auch die Ansätze aus der Talentschule oder fächerübergreifende Angebote. Abschließend ist festzustellen, dass nunmehr dauerhaft die Weichen für mehr Teilhabe in der Schulentwicklungsplanung gestellt werden können.

Die UWG-Fraktion verschließt sich nicht generell einer Gesamtschule, erklärt Herr Bertelmann. Er erinnert aber an die Diskussion im Jahr 1988, als die erste Gesamtschule zu Lasten des einzigen Ganztagsgymnasiums eingerichtet wurde. Die jetzt anstehende Entscheidung ist aber mit noch weitreichenderen Folgen verbunden, da nicht nur drei andere Schulen geschlossen werden. Vielmehr wird das dreigliedrige Schulsystem abgeschafft. Die UWG-Fraktion vertritt die Auffassung, dass bei dieser entscheidenden Veränderung in der Schullandschaft die Bürgerschaft beteiligt werden muss. Daher liegt der Antrag der drei Fraktionen vor, die Errichtung der vierten Gesamtschule heute nicht zu beschließen sondern einen Ratsbürgerentscheid zu initiieren und den Menschen in Siegen die Gelegenheit zu geben, mit zu entscheiden.

Herr Sondermann hält fest, dass die GfS-Fraktion den Vorschlag ablehnen wird, zu Lasten der Haupt- und Realschulen eine neue Gesamtschule einzurichten. In den Gesprächen mit diesen Schulen ist deutlich geworden, dass diese zu Recht ihren Platz in der Siegener Schullandschaft haben und auch weiterhin benötigt werden. Auch eine Gesamtschule funktioniert nur, weil es die anderen Schulformen gibt, wo Kinder, die mit großen Systemen nicht zurechtkommen, in kleinen Klassen und einer intensiven Betreuung gut aufgehoben sind. Eliminiert man gleich zwei wichtige Schulformen nimmt man den Eltern die Möglichkeit, die beste Schulform für ihre Kinder zu wählen. Ein großer Teil der Haupt- und Realschüler nutzt die Chance, nach der Schule eine Ausbildung, eine Lehre zu beginnen. Diese beruflich ausgerichtete Orientierung ist aktuell dringend nötig. Die migrationsfreundliche Hauptschule zeichnet sich zudem durch eine intensive Sprachförderung aus. Eine große Schule mit großen Klassen kann dies nicht leisten und es ist zu befürchten, dass eine relevante Zahl an Kindern ohne Abschluss, ohne Ausbildung, ohne Perspektive auf der Strecke bleibt. Eine derart weitreichende Entscheidung sollte nicht politisch von oben herab diktiert sondern die Chance genutzt werden, im Austausch mit den Beteiligten sowie den Bürgerinnen und Bürgern zunächst ein Meinungsbild einzuholen.

Herr Wittenburg nimmt für die Volt-Fraktion Stellung und merkt an, dass an allen Schulen in Siegen gute Arbeit geleistet wird, jedoch das System als Ganzes nicht richtig funktioniert. Jahr für Jahr kämpfen die drei Schulen um Anmeldungen und müssen mit der Ungewissheit zurechtkommen, den Betrieb weiter aufrecht erhalten zu können. Jahr für Jahr müssen auf der anderen Seite Kinder an der Schule, die sie besuchen möchten, abgewiesen werden. Nunmehr besteht die einmalige Chance selbst zu agieren und Ruhe in die Schullandschaft zu bringen. Der Gegenvorschlag – Zusammenlegung der Realschulen – hätte zur Folge, dass das dreigliedrige Schulsystem bestehen bleibt, die Widrigkeiten aber gleichermaßen erhalten werden. Dem Wunsch der Eltern entspricht dies nicht und die prognostizierten Anmeldezahlen werden dabei auch nicht berücksichtigt. Im Gegensatz dazu wird mit dem vorliegenden Vorschlag die Schulentwicklung planbar werden.

Ein Verschieben der Entscheidung würde den gesamten Prozess in die Länge ziehen zu einem Zeitpunkt, wo die drei Schulen ohnehin bereits in der Diskussion stehen. Die Folgen einer solchen Diskussion lassen sich an der Entwicklung am PPR erkennen. Für die Volt-

Fraktion hat die Bürgerbeteiligung grundsätzlich einen hohen Stellenwert. Insofern würde die Initiative aus der Bevölkerung heraus, selbst zu entscheiden, unterstützt. Einen Bürgerentscheid per Ratsbeschluss zu durchzuführen, wird jedoch aufgrund der geringen Zahl der Unterstützer abgelehnt.

Frau Schneider verweist auf die im Fachausschuss umfassend dargelegte inhaltliche Position der Fraktion Die Linke. Die Bürgerinnen und Bürger hatten in der Vergangenheit immer die Möglichkeit, sich für die eine oder andere Schulform zu entscheiden. Festzustellen ist vielmehr, dass die Anmeldezahlen sowohl für die Realschulen als auch für die Hauptschule nicht ausreichten. Dem entgegen mussten viele Siegener Kinder zu Gunsten Auswärtiger an den Gesamtschulen abgelehnt werden. Dort sind alle Abschlüsse für alle gleichermaßen möglich und es kommt zu keiner Vorbelastung durch die Schulempfehlung aus der Grundschule. Kein Kind ist gehindert, danach einen handwerklichen Beruf zu erlernen. Ein Ratsbürgerentscheid ist ihres Erachtens nicht erforderlich.

Herr Schwarzer sieht das dreigliedrige Schulsystem als Grundlage des wirtschaftlichen Erfolgs und des Wohlstandes in Deutschland, da die Kinder nach ihren Begabungen, Talenten und Berufswünschen beschult wurden und nicht nach ideologischen Gründen. In den Diskussionen wird die Hauptschule als Schule der Verlierer dargestellt. An diesem Punkt muss seines Erachtens deutlich gemacht werden, dass die Hauptschule keineswegs der Einstieg in eine Nicht-Teilhabe ist. Dem entgegen werden an der Gesamtschule sowohl die weniger leistungsfähigen Kinder als auch die sehr Begabten keine hinreichende Unterstützung erhalten. Ob die Bürgerinnen und Bürger tatsächlich mehrheitlich die Meinung vertreten, wie von den Vorrednern unterstellt, würde ein Bürgerentscheid letztlich zeigen.

Herr Patt führt aus, dass sich die CDU-Fraktion intensiv mit den Fragen auseinander gesetzt hat. Das dreigliedrige Schulsystem wird auf der eine Seite weiterhin als richtig angesehen. Auf der anderen Seite darf man sich der Realität nicht verschließen und muss erkennen, dass die Anmeldezahlen, nicht nur einmalig, eine deutliche Sprache sprechen. Die CDU-Fraktion hat sich daher mit dem seinerzeitigen Antrag dafür entschieden, langfristig Planungssicherheit und die Grundlage für eine solide Entwicklung der Siegener Schullandschaft zu schaffen.

Herr Schmidt erläutert verwaltungsseitig zu den Fragen nach möglichen Konsequenzen bei einer zeitlichen Verschiebung der Entscheidung, dass der Schulbetrieb seit Jahren nur mit Ausnahmegenehmigungen möglich war, auch, weil sich der Rat immer wieder für den Erhalt der Hauptschule eingesetzt hatte. Eine große Sorge ist, dass diese Ausnahmegenehmigung in der Zukunft nicht mehr erteilt wird. In diesem Jahr wurden die notwendigen Anmeldezahlen bereits für zwei der Schulen nicht erreicht. Wie beschrieben sind immer, wenn eine Schule in der öffentlichen Diskussion steht, negative Auswirkungen auf die Anmeldezahlen festzustellen. Daher appelliert er alles dazu zu tun, schnell Sicherheit und Klarheit herbei zu führen.

Herr Schoew sieht ein Chaos dadurch entstehen, dass eine Entscheidung im Rat durchgeboxt werden soll, die über einen Bürgerentscheid getroffen werden müsste. Er empfindet es auch als befremdlich, dass Haupt- und Realschulen in einem derart schlechten Licht dargestellt werden.

Herr Walter stellt bezogen auf den Antrag Fraktionen UWG, GfS und FDP die Frage, ob die Einwände gegen einen Bürgerentscheid darin bestehen, dass eine andere Entscheidung fällt,

als die Ratsmehrheit treffen wird. Alle wären gut beraten, bei dieser schwierigen Entscheidung die Bürgerinnen und Bürger einzubinden. Noch nicht thematisiert, aber auch zu berücksichtigen sind die zu erwartenden Verwerfungen in den Umlandgemeinden.

In der weiteren Aussprache gehen die Herren Heupel, Thimm, Langer, Kraft, Pfeifer, Schwarzer, Stahl, Groß, Grisse und Heilmann auf die Argumente für oder gegen die Sachentscheidung bzw. die Durchführung eines Bürgerentscheides ein und unterstreichen die Position ihrer jeweiligen Fraktion.

Bürgermeister Mues stellt die Beschlussvorlage der Verwaltung als weitergehenden Vorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, zum Schuljahr 2023/2024 eine vierzügige Gesamtschule mit dem Namen „Gesamtschule Am Rosterberg der Stadt Siegen, Sekundarstufen I und II“ im gebundenen Ganztags zu errichten. Die Schule soll am Standort Rosterstraße 143, 57074 Siegen (Hauptstandort) errichtet werden, wächst sukzessive auf und wird schließlich dauerhaft mit einem Teilstandort (Achenbacher Furt 7, 57072 Siegen) in horizontaler Gliederung geführt. Sie wird als Schule des Gemeinsamen Lernens eingerichtet.
2. Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die sukzessive Auflösung
 - der Achenbacher Schule, Gemeinschaftshauptschule der Stadt Siegen, Achenbacher Furt 7, 57072 Siegen (Schulnummer: 150228),
 - der Realschule Am Oberen Schloss, Ganztagsrealschule der Stadt Siegen, Burgstraße 10 – 14, 57072 Siegen (Schulnummer: 163600) und
 - der Realschule Auf der Morgenröthe der Stadt Siegen, Höllenwaldstraße 100, 57080 Siegen (Schulnummer: 163582)mit Ablauf des 31.07.2023.

Die Auflösungsmaßnahmen werden solange fortgeführt, wie ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb an den Schulen gewährleistet werden kann.

3. Für die schulorganisatorischen Maßnahmen zu 1. und 2. ist das Genehmigungsverfahren nach § 81 Abs. 3 SchulG NRW einzuleiten.

Beratungsergebnis: 49 Stimmen dafür, 16 dagegen (UWG, GfS, FDP, AfD), 0 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

5. Abschlussbericht des Arbeitskreises "Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen"

Vorlage Nr. VL 881/2022

Die Vorlage wurde abgesetzt.

15. Rat 15.06.2022

**6. Fritz-Busch-Musikschule der Universitätsstadt Siegen;
hier: Änderung der Entgeltordnung zum 01.08.2022**

Vorlage Nr. VL 908/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Änderung der Entgeltordnung der Fritz-Busch-Musikschule der Universitätsstadt Siegen ab dem 01.08.2022 gemäß Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

7. Änderung der Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum

Vorlage Nr. VL 914/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die geänderte Entgeltordnung für das Siegerlandmuseum gemäß Anlage zur Vorlage mit folgenden Änderungen:

1. Die Gebühr für Studierende auf 2,00 € (anstatt 3,00 €) festgesetzt
2. Die Altersgrenze für Studierende (bis 26 Jahre) wird aufgehoben
3. Die Ermäßigung für die Studierende (2,00 €) wird auf Auszubildende erweitert

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

8. Konzept zur Durchführung eines klimaneutralen Stadtfestes 2022

Vorlage Nr. VL 920/2022

Herr Fries nimmt Bezug auf die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss zur Bezeichnung und erläutert die Begrifflichkeiten. Andere Adjektive wie klimaschonend oder klimaschützend wären nicht richtig. Daher sollte der Titel beibehalten werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist die Antwort enttäuschend, so Herr Groß und wiederholt die im HFA vorgebrachten Argumente. Es reicht nicht, sich faktisch so zu verhalten und Absichtserklärungen abzugeben, das praktische Tun aber hinten anzustellen. Ein großer Teil der Maßnahmen wird nur als Empfehlung angegeben. Diese nun mit dem Label „klimaneutral“ zu versehen ist seines Erachtens als „greenwashing“ zu bezeichnen. Das Argument, dass Ausgleichsmaßnahmen vorgenommen werden, ist für ihn nicht stichhaltig. Wichtig ist, tatsächlich eine Verhaltensänderung herbeizuführen.

Für Herrn Hähner sollte Bezeichnung weniger im Vordergrund und in der Diskussion stehen als das Handeln und die Absicht, sich auf den Weg zu einer klimaneutralen Veranstaltung zu begeben.

Herr Daub erläutert für die Stabsstelle Klimaschutz, dass der Ratsbeschluss zu einem „klimaneutralen“ Stadtfest real schwierig umsetzbar ist. Mit dem vorliegenden Konzept wird mehr für den Klimaschutz erreicht, als beim als Vorbild genannten Firmenlauf. Ob eine Großveranstaltung wie das Stadtfest per Definition „klimaneutral“ durchgeführt werden kann, ist fraglich. Die Vorgaben für die Veranstalter sind relativ weitgehend, sollten aber auch realistisch und sachgerecht auf ihre Durch- und Umsetzbarkeit in der Praxis hin betrachtet werden. Eine solche Veranstaltung muss sowohl für die Betreiber der Stände als auch für die Gäste attraktiv sein im Rahmen der Grundidee. Im Nachgang sind dann die Reaktionen zu bewerten und einzusortieren.

Frau Shirley setzt sich dafür ein, den Begriff als solchen zu streichen, die Absicht der Klimaneutralität mit allen Regeln für die Teilnehmenden aber beizubehalten. Die angeführten Ausgleichszahlungen sind für sie gleichbedeutend mit einem Ablasshandel und führen nicht zu einer Änderung des Verhaltens.

Herr Schiltz ist der Meinung, dass, solange die Energieversorgung nicht auf erneuerbare Energie umgestellt ist und nicht alle Produkte klimaneutral hergestellt wurden, ein Stadtfest nicht klimaneutral im eigentlichen Sinn sein kann. Daher kann dies nur durch Kompensationsmaßnahmen erreicht werden. Die SPD-Fraktion befürwortet die Vorschläge, für diese auch entsprechende finanzielle Mittel einzusetzen.

Die Fragen von Herrn Schiltz zum erwarteten co2-Aufkommen und den Kosten sind zunächst einmal abhängig von der Zahl der Gäste, der Nutzung der Verkehrsmittel etc., so Herr Daub. Für eine überschlägliche Berechnung gibt es verschiedene Ansätze, über die trefflich diskutiert werden kann. Wird ein Preis von 25 Euro/Tonne co2 und 70.000 bis 100.000 Besuchenden unterstellt, käme überschläglich ein Kompensationsaufwand zwischen 7.000 Euro bis 15.000 Euro zum Ansatz.

Herr Könen kommt zurück auf die Diskussion im Kulturausschuss und die Bitte nachzuhalten, wie sich die Händler verhalten haben.

Es geht darum sich auf den Weg zu machen und soweit wie möglich Maßnahmen zu ergreifen, so Herr Heilmann und Herr Groß. Unbestritten wird es sich auch um einen längeren Prozess handeln. Wenn man aber mit einem neuen Label auf den Markt geht sollte deutlicher herausstehen, dass dieses Fest anders ist, als die zurückliegenden, was für die Gäste / Veranstaltenden auch offensiv erkennbar sein muss. Dem wird die Verwaltungsvorlage ihres Erachtens nicht gerecht.

Herr Boller ist der Meinung, dass der Beschluss aus dem Jahr 2020 so nicht umgesetzt wurde und das Konzept erst zu einem Zeitpunkt vorgelegt, wo seitens des Rates keine Änderungen mehr möglich sind. Er formuliert daher den Antrag: „Der Begriff klimaneutral wird für das Stadtfest 2022 nicht verwendet.“

Als Beispiele für weitere Vorgaben nennt er die Verwendung von Mehrweggeschirr, Pfandbecher für Getränke einschließlich Kaffee, Werbung für ÖPNV anstelle für Parkplätze etc. Die Liste ließe sich noch sehr weit fortsetzen und sollte in der Nachbetrachtung des Festes festgeschrieben werden.

Herr Groß setzt sich dafür ein, zumindest das Fest nicht als klimaneutral zu bewerben.

Wichtig ist nach Auffassung von Herrn Daub, in der Kommunikation das Thema Klimaneutralität und Klimaschutz zu platzieren und die Menschen dafür zu sensibilisieren, dass sie mit ihrem Verhalten Einfluss nehmen können. Mit einem Weglassen der Bezeichnung würde diesbezüglich nichts erreicht.

Herr Fries merkt abschließend an, dass die Verwaltung dem Auftrag, ein Konzept nach dem Vorbild des Firmenlaufs zu erstellen, nachgekommen ist.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt das Konzept zum Klimaneutralen Stadtfest 2022 zur Kenntnis und beschließt, für die Einrichtung eines entgeltfreien ÖPNV-Veranstaltungstickets als Anreiz für die Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs den Betrag von 21.400 Euro netto Euro zur Verfügung zu stellen sowie den Finanzbedarf für die zu bilanzierenden Kompensationskosten der diesjährigen Veranstaltung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltungen (AfD)

Beschluss über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Das Stadtfest wird nicht mit der Bezeichnung „klimaneutral“ beworben.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (15 Stimmen dafür (Bündnis 90/Die Grünen, Volt))

15. Rat 15.06.2022

9. **Verwendung der Ordnungsgelder und Kosten gem. § 48 Schiedsamtsgesetz (SchAG);**
hier: Verzicht auf städtischen Gebührenanteil

Vorlage Nr. VL 957/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt, zugunsten der Schiedspersonen auf den städtischen Gebührenanteil zu verzichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

10. **Haushalt 2021 / Vorläufiges Jahresabschlussergebnis**

Vorlage Nr. VL 947/2022

=> Der Rat der Stadt Siegen nimmt vom vorläufigen Jahresabschlussergebnis 2021 Kenntnis.

15. Rat 15.06.2022

11. **Jahresabschluss 2020 - Einbringung des Entwurfs**

Vorlage Nr. VL 964/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den der Vorlage als Anlage beigefügten Entwurf des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 gemäß § 95 GO NRW zur Kenntnis und verweist ihn (gem. § 59 Abs. 3 GO NRW i. V. m. § 102 GO NRW) zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

12. **Beteiligungsbericht der Stadt Siegen zum 31.12.2020**

Vorlage Nr. VL 956/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Beteiligungsbericht zum 31.12.2020.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

**13. „Stellplatzsatzung der Universitätsstadt Siegen
hier:
Beschluss der öffentlichen Auslegung des Satzungsentwurfes“**

Vorlage Nr. VL 907/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die öffentliche Auslegung der Stellplatzsatzung für das Stadtgebiet der Universitätsstadt Siegen auf Grundlage des vorliegenden Satzungsentwurfes einschließlich der der Vorlage beigelegten Anlagen *) und ergänzenden Erläuterungen.

*) Anlage Nr. 1 zu § 3 – Richtzahlentabelle wird in der Spalte „Zahl der Abstellplätze für Fahrräder“ wie folgt geändert:

2.1 1 Abstpl. je 35 m² Nutzfläche

2.2 1 Abstpl. je 25 m² Nutzfläche

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

**14. Wohnbauflächenentwicklung am Wellersberg
Hier: Entwicklungsträgervertrag mit NRW.URBAN**

Vorlage Nr. VL 901/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt den Entwicklungsträgervertrag mit der Landesentwicklungsgesellschaft 'NRW.URBAN Kommunale Entwicklung GmbH' zur baulichen Entwicklung des Wohngebietes Wellersberg in der vorliegenden Fassung auf Basis der Erschließungsvariante 1 des Konzeptionsbeschlusses vom 24.06.2020.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 2 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

**15. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für Mehrkosten bei der Baumaßnahme
"Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule"**

Vorlage Nr. VL 918/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die überplanmäßige Mittelbereitstellung gem. § 83 GO NRW in Höhe von 150.000 Euro auf K030102001 (Finanzplan) und in Höhe von 100.000 Euro auf A011302203 (Ergebnisplan) für die Baumaßnahme „Erweiterung und Sanierungsmaßnahmen Jung-Stilling-Schule“. Die Deckung in Höhe von 100.000 Euro erfolgt aus A011302202 - BVS Gesamtschule Giersbergstraße - Umbau Barrierefreiheit -. Die Deckung in Höhe von 150.000 Euro erfolgt aus K030108005 - Bertha von Suttner Gesamtschule Giersbergstraße - Umbau Barrierefreiheit -.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**15. Rat 15.06.2022**

16. Überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Umbau des Objektes Hüttenstraße 16 c/ Durchführung des Brückenprojektes "Kinderbetreuung in besonderen Fällen für Kinder aus Flüchtlingsfamilien und vergleichbaren Lebenslagen"

Vorlage Nr. VL 955/2022

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 56.000,00 € auf H060201116 – Hüttenstraße, Brückenprojekt Kinderbetreuung – für die investiven Umbaukosten des Gebäudes. Die Deckung erfolgt aus H060201106 – Kita Breitscheidstraße, Umbau ehem. Hüttentalschule -.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)**15. Rat 15.06.2022**

17. Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung

17.1 Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung

Vorlage Nr. VL 647/2022 B

Beschluss:

Gemäß Vorlage Nr. 647/2022 A

17.2 Ergänzung der Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung bezüglich Vertretungsregelung

Vorlage Nr. VL 647/2022 A

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen beschließt die Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung mit der Ergänzung einer Vertretungsregelung und der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft Begegnung sowie die Umbenennung des Beirates der Menschen mit Behinderung in Inklusionsbeirat.

Aufgrund der Neufassung der Richtlinien für den Beirat der Menschen mit Behinderung beschließt der Rat der Universitätsstadt Siegen einmalig, dass der Bewerbungsvorgang bis zum 26.08.2022 abgeschlossen ist und der Rat den Inklusionsbeirat am 14.09.2022 benennt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

18. Ausweitung der Rechte der Beiräte

Vorlage Nr. VL 870/2022

Für die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, UWG und Volt beantragt Herr Wittenburg, dass das Antragsrecht für den Seniorenbeirat und den Inklusionsbeirat für die Belange der Beiräte vollumfänglich ausgeweitet wird. Der Rat beschließt weiterhin, dass das Antragsrecht des Jugendparlamentes für die Belange des Jugendparlamentes ebenfalls vollumfänglich ausgeweitet wird

Beschluss:

Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass grundsätzlich die Ausweitung der Antragsrechte des Seniorenbeirates und des Inklusionsrates vollumfänglich möglich sind.

Der Rat beschließt, dass das Antragsrecht für den Seniorenbeirat und den Inklusionsbeirat für die Belange der Beiräte vollumfänglich ausgeweitet wird. Der Rat beschließt weiterhin, dass das Antragsrecht des Jugendparlamentes für die Belange des Jugendparlamentes ebenfalls vollumfänglich ausgeweitet wird.

Für den Integrationsrat gelten die Bestimmungen der Gemeindeordnung NRW und die dazu vorhandene Richtlinie unverändert fort.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (20 Stimmen dagegen, Enthaltungen)

15. Rat 15.06.2022

19. Nachbesetzung in Ausschüssen

Vorlage Nr. VL 954/2022

Beschluss:

Der Rat der Universitätsstadt Siegen wählt / benennt

1. für den **Ausschuss für Stadtentwicklung, Wirtschaftsförderung, Stadthallen und Liegenschaften**
Herr Salih Güner als pers. Vertreter von Frau Bialowons-Sting
2. für den **Jugendhilfeausschuss**
Frau Julia Sting (s. B.) als pers. beratende Vertreterin von Frau Köckritz
3. für den **Betriebsausschuss**
Herrn Timo Stunz-Sondermann (s. B.) als pers. Vertreter von Herrn Jagielski
4. für den **Bauausschuss**
 - a) **Herrn Dr. Martin Ferger (s.B.)** als pers. Vertreter von Herrn Marc Klein
 - b) **Herrn Daniel Weber (s. B.)** als pers. Vertreter von Herrn Frank Reifenrath
 - c) **Herrn Thomas Hoffmann (s. B.)** als pers. Vertreter von Herrn Hartmut Krämer
5. für den **Integrationsrat**
 - a) **Herrn Peter Stahl** als pers. Vertreter von Frau Nazlije Rompf-Selimi
 - b) **Herrn Rüdiger Heupel** als pers. Vertreter von Frau Silvia Keßler
6. für den **AK Abfallwirtschaft**
Herrn Benjamin Grimm als ordentliches Mitglied und **Kathrin Hähner (s.B.)** als seine pers. Vertreterin
7. für den **AK Klimaschutz**
Herrn Dr. Christian Zybill als ordentliches Mitglied und **Herrn Timo Stunz-Sondermann (s.B.)** als sein pers. Vertreter
8. für den **AK Wohnbaulandentwicklung**
Herrn Jens Uhlendorf (s. B.) als pers. Vertreter von Herrn Mark Rothenpieler (s. B.)
9. für den **VHS-Beirat**
Herrn Peter Stahl als ordentliches Mitglied und **Herrn Robin Beitzel (s. B.)** als sein pers. Vertreter.
10. für die **Steuerungsgruppe Fairtrade Town**
Frau Kathrin Hähner (s. B.) als ordentliches Mitglied und Herrn Benjamin Grimm als ihren pers. Vertreter

11. für die **Spielplatzkommission**
Frau Kathrin Hähner (s. B.) als pers. Vertreterin von Benjamin Grimm
12. für den **Abwasserverband Siegen-Kirchen**
Herrn Olaf Jagielski (s. B.) als Stellvertreter von Herrn Jürgen Stinner.
13. für den **Wasserverband Siegen-Wittgenstein**
Herrn Olaf Jagielski als ordentliches beratendes Mitglied

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

20. Änderung der Zuständigkeitsordnung
Neufassung Ziffer 15 - Vergabeausschuss

Vorlage Nr. VL 966/2022

Herr Boller verweist auf die Auffassung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Änderung der Wertgrenzen nur ein Teil des Problems darstellt. Wichtig sind auch die Information und die Beteiligung der Ausschüsse am Vergabeverfahren. Als Beispiele nennt er die Beschaffung von Pellet-Heizungen und die Beschaffung von Fahrzeugen, wovon die Politik nur aufgrund der Beratung im Vergabeausschuss erfahren hat. Dies würde zukünftig bei höheren Wertgrenzen entfallen. Die Verwaltung hat zwar diesbezügliche Defizite anerkannt, unklar ist jedoch, wie Abhilfe geschaffen werden soll.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen möchte daher folgenden Zusatzantrag stellen:

„Die Fachausschüsse werden zukünftig bei wichtigen Vorhaben bei der Erarbeitung der Leistungsverzeichnisse beteiligt und über den weiteren Fortgang der Maßnahmen informiert.

Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit dem Arbeitskreis Vergabe zur nächsten Ratssitzung einen Vorschlag zur Umsetzung vorzulegen.“

Die Formulierung „bei wichtigen Vorhaben“ ist noch zu konkretisieren, räumt Herr Boller ein.

Herr Schumann gibt zu bedenken, dass die Vergabeprozesse als solche nicht vermischt werden sollten mit der Festlegung von Informationswegen in die Fachausschüsse. Zielführender wäre z. B. die Vorstellung von Arbeits- bzw. Beschaffungsprogrammen in den Ausschüssen. Ähnlich ist die Handhabung im Übrigen in vielen anderen Kommunen.

Herr Pfeifer hat die Diskussion so verstanden, dass es zu einem Wechsel der Vergabephilosophie kommen sollte, weg von einer Kontrolle bis ins Detail, wo nichts zu kontrollieren war hin zu einer Steuerung durch die Politik, d. h. die Ausschüsse definieren die Bedarfe und stellen die Mittel zur Verfügung. Im Rahmen des Projektcontrollings werden die Ausschüsse informiert.

Herr Langer kann die Sichtweise von Herrn Pfeifer unterstützen. Die Politik soll vor der Ausschreibung informiert und das Vergabeverfahren als solches effektiver gestaltet werden.

Bürgermeister Mues sieht diesbezüglich, insbesondere für den Bauausschuss, Formulierungsbedarf in der Zuständigkeitsordnung. Unter der Überschrift „Sanierungsmaßnahmen“ wäre ein Berichtswesen denkbar. Er schlägt vor, diesbezüglich einen Vorschlag zu erarbeiten um dem Auskunftsbefürfnis Rechnung zu tragen.

Herr Boller sieht dem Anliegen der Grünen Rechnung getragen, wenn entsprechendes formuliert und vorgeschlagen wird.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung der Ziffer 15 sowie die Ergänzung der Ziffer 3 um den neuen Punkt 3.3 der Zuständigkeitsordnung für die Ausschüsse des Rates gemäß der der Vorlage beigefügten Anlage.

Weiterhin beschließt der Rat, bei Baumaßnahmen mit Gesamtbaukosten von mehr als 1.000.000 € netto halbjährlich im Bauausschuss über den Leistungsstand und die prognostizierte Gesamtkostenentwicklung der Baumaßnahme zum Fertigstellungstermin zu berichten.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

21. Betrauung der Stadtmarketing Siegen GmbH

Vorlage Nr. VL 968/2022

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Siegen betraut die Stadtmarketing Siegen GmbH ab dem 01.07.2022 mit der Erbringung von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse nach Maßgabe des der Vorlage angefügten Betrauungsaktes.
2. Der Stadtmarketing Siegen GmbH werden zum Ausgleich der durch die Erbringung der Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse entstehenden Kosten Ausgleichsleistungen gewährt.

Für das 2. Halbjahr 2022 erfolgt die Mittelgewährung im Wege eines Zuwendungsbescheides nach Maßgabe des Beschlusses des Rates vom 09.07.2019 (Vorlage 2415/2019) zur Finanzierung der Stadtmarketing Siegen GmbH.

Ab dem 01.01.2023 erfolgt die Mittelgewährung im Wege jährlicher Zuwendungsbescheide auf Grundlage von im Vorfeld eines Geschäftsjahres von der Stadtmarketing Siegen GmbH vorzulegender und vom Rat der Stadt Siegen freizugebender Wirtschaftspläne.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltung(en)

15. Rat 15.06.2022

gez.
Bürgermeister

gez.
Schriftführerin

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26

Abschlussbericht des

**Arbeitskreises Aufarbeitung der historischen
Hintergründe von Straßennamen**

des Rates der Stadt Siegen

27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47
48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59

Inhalt

Einleitende Betrachtung.....	3
Kategorisierung von Straßennamen.....	4
Ergebnis der Kategorisierung	6
Kategorie A	6
Kategorie B	6
Kategorie C	7
Hinweise und Vorschläge zur Wahrnehmbarkeit von Frauen im Stadtbild	7
Empfehlungen des AK Straßennamen.....	10
Erläuterungen zu den Empfehlungen.....	10
Weitere Problematiken im Zusammenhang mit Straßenumbenennungen.....	11
Beteiligung der Öffentlichkeit	11
Anhang	12
Kategorie A	12
Kategorie B	22

60

61 Einleitende Betrachtung

62 Im Jahr 2008 befasste sich ein Arbeitskreis „Straßennamen“ mit der Aufarbeitung historischer
63 Straßenbezeichnungen und deren Kommentierung durch Zusatzschilder und eine Publikation,
64 wobei die Ergebnisse nicht zur Beschlussfassung gebracht wurden. In seiner Sitzung vom
65 24.06.2020 hat der Rat der Stadt Siegen die Wiedereinsetzung eines Arbeitskreises
66 „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ zur Auseinandersetzung mit
67 kritischen Straßenbezeichnungen beschlossen. Der Haupt- und Finanzausschuss hat am
68 17.03.2021 darüber hinaus einen BürgerInnenantrag, Frauen im Stadtbild sichtbarer zu
69 machen, an den Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von
70 Straßennamen“ verwiesen.

71

72 Der Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ kommt mit
73 diesem Abschlussbericht seinem Auftrag nach, die politischen Gremien bei ihren Beratungen
74 und Entscheidungsfindung mit Hintergrundinformationen und Handlungsempfehlungen zu
75 unterstützen.

76 Der Arbeitskreis hat sich ganz zu Beginn mit dem aktuellen Stand der Forschung und der
77 wissenschaftlichen Fachliteratur zum Thema Straßenbenennung im öffentlichen Raum und
78 dem Erinnerungs- und Ehrungscharakter von solchen Benennungen beschäftigt. Dabei stand
79 die bestehende Praxis in Städten wie beispielsweise Augsburg, Karlsruhe, Freiburg, Kiel,
80 Darmstadt und anderen im Vordergrund. Er hat sich auch mit der Frage beschäftigt, welche
81 Funktion die Benennung einer Straße nach einer Person erfüllt. Dabei ist festzuhalten, dass
82 Straßenbenennungen immer vor dem Hintergrund des Zeitgeistes entstanden und damit auch
83 ein Stück historische Realität geworden sind, die man nicht aus der Geschichte ausradieren
84 darf. Aus heutiger Sicht werden Aspekte in den Biographien der Straßennamensgeber aber oft
85 anders bzw. erstmals bewertet, nachdem der Zeitgeist des Benennungszeitpunktes die
86 Biographien anders beurteilte.

87 Solche Aspekte hat der Arbeitskreis geprüft und im Einzelfall auch als unterschiedlich
88 belastend gewertet.

89 Mit den Empfehlungen des Arbeitskreises ist ausdrücklich keine Bewertung der
90 Gesamtlebensleistung der diskutierten Persönlichkeiten verbunden. Es ist aber unverzichtbar,
91 als problematisch anzusehende Aspekte in einzelnen Biographien kritisch zu prüfen und zu
92 bewerten. Die Benennung einer Straße nach einer Person ist nämlich eine der höchsten
93 Ehrungen, die eine Stadt einem Bürger oder einer Bürgerin gewähren kann. Ziel der Arbeit des
94 AK ist daher die Einordnung, ob die Ehrung einer Person nach heutigen gesellschaftlich,
95 freiheitlich-demokratischen Wertmaßstäben auf Grund einer Belastung aus der NS-Zeit noch
96 angemessen ist oder ein Handlungsbedarf seitens der Stadt Siegen besteht.

97 Der Arbeitskreis „Aufarbeitung der historischen Hintergründe von Straßennamen“ hat in
98 insgesamt zehn Sitzungen – trotz sehr unterschiedlicher politischer Grundhaltungen –
99 konstruktiv diskutiert und sämtliche Beschlüsse weitgehend einvernehmlich und überwiegend
100 einstimmig gefasst.

101

102

Kategorisierung von Straßennamen

Dem Arbeitskreis war von vorneherein klar, dass seine Empfehlungen im Rat und in der Öffentlichkeit, insbesondere aber auch bei den Nachkommen der diskutierten Straßennamensgeber teils auch emotional diskutiert werden. Es bestand deshalb von vorneherein Einigkeit im AK, dass seine Empfehlungen fachlich und logisch begründbar sein müssen und dass die angelegten Kriterien rational und unabhängig von individuellen Einschätzungen nachvollzogen werden können.

Zunächst hat sich der Arbeitskreis einvernehmlich darauf geeinigt, bei der Bewertung von Straßennamen den Fokus auf NS-Belastungen im weitesten Sinne zu richten. Dies betrifft in der NS-Zeit auffällig gewordene Personen wie auch Vorreiter des Nationalsozialismus seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert. Damit kommt der Arbeitskreis der allgemeinen Einschätzung nach, dass gerade NS-belastete Straßennamen und die Information über die Hintergründe der Benennungspraxis von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung sind.

Nicht zum Arbeitsprogramm gehörten Personen, die nach Sachlage durch ihr Handeln diskussionswürdig erscheinen, aber nicht im Kontext des Nationalsozialismus und dessen Vorläufern standen. Ebenfalls ausgeklammert wurden Persönlichkeiten etwa bis zur Reichsgründung 1871, obwohl deren Verhalten ebenfalls aus heutiger Sicht hinterfragbar und kritikwürdig war. Nach diesem Raster wurde zum Beispiel der Dichter Ernst Moritz Arndt als Straßennamensgeber nicht diskutiert, obwohl es dazu Anlass gäbe. Dasselbe gilt für den ehemaligen Siegener Oberbürgermeister Ernst Bach als Exponent Siegener Geschichte im 20. Jahrhundert, der aber nach allen vorliegenden Erkenntnissen nicht Mitglied der NSDAP war und als politisch tätiger Mensch zwischen 1933 und 1945 nicht in Erscheinung trat.

Die schließlich diskutierte Personenliste wurde vom Vorsitzenden des AK erstellt und von den Mitgliedern sowie dem Stadtarchiv gemäß der genannten Kriterien ergänzt. Insgesamt handelte es sich um 23 Personen.

Der AK hat dem entsprechend nach längerer Diskussion und in Anlehnung an das Vorgehen anderer Städte ein System der Kategorisierung von Straßennamensgebern entwickelt, das die Namensgeber in die Kategorien A, B und C einteilt. Die Kategorien bedeuten:

Kategorie A: schwere Belastung, Umbenennung empfohlen

Kategorie B: Belastung, Kommentierung (am Straßenschild und online)

Kategorie C: keine oder marginale Belastung, kein Handlungsbedarf

Um eine begründete, nachvollziehbare und transparente Kategorisierung durchzuführen, wurden alle betreffenden Personen nach einem speziellen Kriterienkatalog geprüft. Diese orientierten sich an den Prüfkriterien anderer Kommunen (Augsburg, Darmstadt, Freiburg, Hamburg, Mainz). Dies waren:

- Mitgliedschaft in der NSDAP oder einer anderen NS-Organisation

- Inhaber eines hohen Amtes in der NS-Zeit, Führungsposition oder Aktivität (über reine Mitgliedschaft hinaus) in NSDAP, öffentlicher Verwaltung oder NS-Organisationen
 - Aktive Unterstützung und Förderung des Nationalsozialismus und des NS-Staates und direkte Beteiligung an Verbrechen in diesem Kontext
 - Aktive Verbreitung von NS-Ideologie (Antisemitismus, Rassismus, Führerkult, Militarismus) und / oder propagandistisches Wirken
 - Vertreter eines extremen Militarismus / Kriegsverherrlichung
 - extreme gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Theorie und Praxis (insbesondere Antisemitismus und Rassismus, auch Frauenfeindlichkeit)
 - persönlicher, beruflicher, wirtschaftlicher Profit durch den Nationalsozialismus bzw. dessen gezielte Ausnutzung zum eigenen Profit
 - gezielte Schädigung von Personen im Kontext der NS-Politik, die insbesondere aus heutiger Sicht moralisch oder strafrechtlich zu verurteilen sind (Denunziation, Mitwirkung an Verbrechen, Verantwortung am Einsatz von Zwangsarbeitern, Schädigung von Juden und Oppositionellen)
- Als erschwerend wurde es zudem gewertet, wenn eine Person nach dem Ende der NS-Diktatur keine Reue zeigte, später Falschaussagen über die NS-Zeit tätigte oder keine Abkehr von der NS-Ideologie zeigte.

Der AK prüfte, ob eines oder mehrere Kriterien auf die diskussionswürdigen Personen zutrafen. Dabei wurde die Intensität der individuellen Belastung durch Handlungen während der NS-Zeit bzw. bei deren Vorläufern eingestuft. Im Ergebnis kommt der Arbeitskreis zur Einordnung der Personen in die oben angeführten Kategorien A, B und C. Dabei ist dem Arbeitskreis sehr bewusst, dass jede Person in ihrer Verstrickung individuell zu bewerten ist und das Raster der Kategorisierung Fragen von tatsächlicher Belastung oder kritischer Aspekte in einer Biographie manchmal nur schematisch abbilden kann.

Tatsache ist auch, dass das historische Umfeld einiger zu untersuchender Personen in manchen Fällen nur unzureichend erforscht sind.

Ebenso stand der Arbeitskreis vor der Frage, ob es möglich ist, in einer Art moralischer Bilanz schlechte Taten aus der Zeit des Dritten Reiches mit guten Taten vor der NS-Zeit oder in der Nachkriegszeit aufzurechnen. Der Arbeitskreis hat die Möglichkeit einer solchen Aufrechnung des Verhaltens im Dritten Reich mit der Gesamtlebensleistung ausdrücklich verneint.

177 Ergebnis der Kategorisierung

178

179 Kategorie A

180

181 In die Kategorie A hat der Arbeitskreis die Adolf-Wagner-Straße, die Bergfriederstraße, die
182 Hindenburgstraße, die Diemstraße, die Lothar-Irle-Straße, die Porschestraße und die
183 Stoeckerstraße eingestuft.

184 Wird eine der nachfolgenden Straßen umbenannt, so wird die Anbringung eines kleinen
185 Erläuterungsschildes empfohlen, auf dem der alte Straßename, der Zeitpunkt der
186 Umbenennung und der Hintergrund kurz dargestellt werden. Auf diese Weise wird eine
187 Umbenennung kein Vergessen oder Tilgen von Geschichte. Das ist auch nicht beabsichtigt.
188 Vielmehr wird auf das Handeln der Stadt zur Stärkung wie auch Festigung zeitgemäßer,
189 demokratischer Werte aufmerksam gemacht und die Umbenennung bleibt langfristig im
190 kollektiven Gedächtnis der Bürgerschaft erhalten. Die in die Kategorie A eingestuften
191 Straßennamen werden zur Umbenennung empfohlen.

192

193 Kategorie B

194

195 Die in die Kategorie B eingestuften Straßennamen sollten nach Ansicht des Arbeitskreises
196 nicht geändert werden. Die Belastungen der hier eingestuften Personen ist gegenüber denen
197 aus der Kategorie A weniger gravierend. Allerdings sind sie kritisch zu kommentieren, um die
198 Zusammenhänge um die NS-Belastung der betreffenden Straßennamensgeber zu erläutern
199 und sichtbar zu machen. Hierzu sollten die Straßennamen mit erklärenden Schildern und QR-
200 Codes mit Verweis auf weitergehende Informationen und Literaturhinweise im Internet
201 versehen werden. Nach heutigen Maßstäben würde eine Benennung der Straßen nach den im
202 Folgenden genannten Personen und Ereignissen nicht mehr erfolgen.

203 Der Arbeitskreis hat die Adolf-Saenger-Straße, die Carl-Dresler-Straße, die Dr. h.c.Karl-
204 Barichstraße, die Hans-Kruse-Straße, den Otto-Krasa-Weg, die Ostlandstraße und die
205 Tannenbergstraße in die Kategorie B eingeordnet.

206 Die Straßennamensgeber der Kategorie B sind unabhängig vom Grad ihrer Belastung
207 erklärungsbedürftig. Dies sollte mit erklärenden Zusatzschildern und / oder über einen
208 biographischen Eintrag im Internet stattfinden.

209 Die Belastungen der in die Kategorie B eingestuften Persönlichkeiten ist gegenüber denen aus
210 der Kategorie A nicht so gravierend, dass man ihre Gesamtlebensleistung nicht in einen
211 Kontext mit ihrer Belastung stellen kann.

212 Ein Biographieteil mit weiteren Details zu den Persönlichkeiten der Kategorien A und B findet
213 sich im Anhang.

214

Kategorie C

Als unbelastet oder nur minderschwer belastet wurden in die Kategorie C eingestuft:

Adolf-Wurmbachstraße Freystraße, Hermann-Böttger-Weg, Virchowstraße, Gorch-Fock-Straße, Graf-Luckner-Straße, Hermann-Löns-Weg, Paul-Bonatz-Straße, Walter-Flex-Straße, Gerhart-Hauptmann-Weg.

In diesen Fällen besteht kein Handlungsbedarf. Die Straßennamen können beibehalten werden und eine Kommentierung ist aus Sicht des Arbeitskreises nicht erforderlich. Im Falle von Adolf Wurmbach regt der Arbeitskreis an, diese für die Siegener Geschichte wichtige Persönlichkeit an einem geeigneten Ort in Geisweid besonders differenziert darzustellen. Als Präsentationsform könnte eine größere Texttafel in Frage kommen.

Hinweise und Vorschläge zur Wahrnehmbarkeit von Frauen im Stadtbild

Der Rat hat den Arbeitskreis mit der Bearbeitung des Bürger/innenantrages „Präsenz von Frauen im Siegener Stadtgebiet“ beauftragt. Er legt mit diesem Abschlussbericht eine Liste von Frauen aus den verschiedensten Gruppen vor, die für eine Ehrung durch eine Straßenbenennung in Frage kommen. Es ist dennoch unverzichtbar, auch die Rolle von Frauengruppen in der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt Siegen näher zu beleuchten.

Zu diesen Gruppen gehören die „Erzengel“, die Frauen, die in den Eisenerzgruben die Erzbrocken sortierten. Der Begriff „Erzengel“ ist in verschiedenen Regionen für dieselbe Personengruppe gut dokumentiert. Ebenso sollten die Frauen, die im Zweiten Weltkrieg als Arbeiterinnen für die Rüstungsindustrie verpflichtet wurden und die Frauen, die als Helferinnen im Zentralen Durchgangslager auf dem Wellersberg arbeiteten berücksichtigt werden. Dabei dürfen auch die Zwangsarbeiterinnen aus der Tschechoslowakei, Russland, der Ukraine und anderen besetzten Staaten nicht ausgeklammert werden. Dies kann sowohl über die Ehrung durch einen Straßennamen bzw. durch eine Gedenktafel erfolgen, aber auch durch historische Forschungen.

Um eine Belastung möglicher Namenspatinnen für Siegener Straßen auszuschließen erfolgte eine Prüfung potenzieller Straßennamensgeberinnen anhand von Kriterien für Straßenbenennungen nach Personen, die der Arbeitskreis erarbeitet hat. (vgl. Anlage 1)

Der Arbeitskreis hat folgende Frauen als Straßennamensgeberinnen positiv diskutiert:

Braun, Emmi (1887-1967)	Als eine der ersten Frauen überhaupt als Mitglied des Stadtverordnetenversammlung gewählt und in der Kommunalpolitik aktiv.
Dresler, Charlotte (1784-1853)	Mit Gründung des Evangelischen Frauenvereins in Siegen wirkte Charlotte Dresler maßgeblich bei der Gründung einer wichtigen Institution mit, die sich der Unterstützung armer Frauen im Verlauf der Industrialisierung widmete.

Dresler, Frieda (1814-1866)	In der Nachfolge ihrer Mutter Charlotte konnte Frieda Dresler durch ihre Position als Präsidentin des Evangelischen Frauenvereins u.a. die Gründung einer Nähsschule sowie Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder umsetzen. Genau wie ihre Vorgängerin wirkte sie damit zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Frauen im Verlauf der Industriellen Revolution.
Fiedler, Hilde (1919-2011)	Die Wahl Hilde Fiedlers zur ersten Bürgermeisterin Siegens stellt einen Meilenstein der Stadtgeschichte dar. Sie wird daher nicht in erster Linie für ihre Amtsführung oder sonstige Leistungen geehrt, sondern als erste Frau in der Position gewürdigt.
Giehse, Therese (1898-1975)	Vor dem Hintergrund ihres Engagements gegen die Nationalsozialisten und ihrer ersten Auftritte als Schauspielerin in Siegen wird Therese Giehse in die Liste aufgenommen.
Heinzerling, Hedwig (1882-1973)	Als langjährige Stadtverordnete und Gründungsmitglied der hiesigen FDP gehörte Hedwig Heinzerling zu den ersten weiblichen Mandatsträgerinnen überhaupt und erwarb sich zudem große Verdienste im Bereich des Schul- und Bildungswesens.
Hellmann, Anna Cäcilia Wilhelmine (1869-1957)	Als Abgeordnete der Zentrumspartei in der Stadtverordnetenversammlung zählt sie zu den ersten weiblichen Mandatsträgerinnen überhaupt. Darüber hinaus war sie in vielen katholischen Vereinen teils an verantwortlicher Stelle tätig.
Herter, Dina (1883-1969)	Als Begründerin der gleichnamigen Stiftung schuf sie ein bedeutendes Sozialwerk für ältere Menschen in Siegen.
Köhne, Elisabeth (1895-1985)	Sie wird insbesondere wegen ihrer Verdienste im Bereich der Kultur in Siegen in die Liste aufgenommen.
Lenz, Margarethe (1899-1986)	Aus Niederschelden stammend, zeigte Lenz stets großes Engagement für Frauenrechte. Vor den Nationalsozialisten ins Ausland geflohen, wurde ihr in den 1950er-Jahren, als erst dritte Frau überhaupt, der Rang einer Konsulin in Linz verliehen.
Petersen, Charlotte (1904-1994)	Insbesondere als Gegnerin des Nationalsozialismus in Erscheinung

	getreten, ist ihr Einsatz für die Opfer des Konzentrationslagers Wapniarka besonders hervorzuheben. In Dillenburg wird sie durch die Charlotte-Petersen-Medaille geehrt.
Pross, Helge (1927-1984)	Sie hat sich große Verdienste als Pionierin der Frauen- und Geschlechterforschung an der Universität Siegen erworben, mit der Universität Siegen sollte zwecks einer Ehrung Kontakt aufgenommen werden.
Rubens, Maria (1538-1608)	Als Mutter von Peter Paul Rubens sorgte sie unter schwierigsten Umständen für das Überleben ihrer Familie wie die Freilassung ihres Mannes. Ohne Maria Rubens Einsatz für ihren Ehemann wäre Peter Paul Rubens nicht in Siegen geboren worden.
Stolberg, Wernigerode, Juliane von (1506-1580)	Als historische Figur des Hauses Nassau-Oranien nahm sie großen Einfluss auf die Entwicklung des Territoriums.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Auflistung nicht vollständig und abgeschlossen sein kann. Die Liste versteht sich daher als erste Empfehlung für Straßenbenennungen nach Frauen. Der Auftrag des Rates kann naturgemäß nicht abschließend abgearbeitet werden. Wir empfehlen, die Ziele des Antrages als weiter zu verfolgendes Ansinnen des Bürgerinnenantrags als ständige Aufgabe Siegener Erinnerungskultur zu verstehen.

Empfehlungen des AK Straßennamen

- Der Arbeitskreis empfiehlt die in die Kategorie A aufgenommenen Straßennamen mehrheitlich zur Umbenennung.
- Der Arbeitskreis empfiehlt die Anbringung einer kommentierten Beschilderung mit QR-Code (Verweis auf biographischen Text) an den Straßenschildern bei Kandidaten der Kategorie B.
- Der Arbeitskreis empfiehlt die in der Liste empfohlenen Frauen als Straßennamensgeberinnen für Straßen und Plätze im öffentlichen Raum.
- Der Arbeitskreis empfiehlt der Verwaltung, einen Leitfaden zur Straßen(um)benennung zu erstellen.
- Bei Straßenumbenennungen sollte auf die vom Arbeitskreis erarbeiteten Kriterien zurückgegriffen werden.
- Der Arbeitskreis rät dringend dazu, die Anstrengungen bei der Erforschung der jüngeren Siegener Stadtgeschichte zu intensivieren. Der AK empfiehlt die Ausschreibung eines jährlich zu vergebenden mit einem symbolischen Preisgeld dotierten Studienpreises, der für qualifizierte Studien- und Forschungsarbeiten zu stadthistorischen Fragestellungen ausgeschrieben wird. Diese Studienarbeiten können an Universitäten ebenso entstehen wie auf der Basis privater Forschungen. Kriterium für die Preisvergabe sollte die wissenschaftliche Belastbarkeit sein. Der Arbeitskreis nennt hier beispielhaft die Forschungslücken bei stadthistorisch bedeutsamen Personen insbesondere bei Frauen und Frauengruppen.
- Der Arbeitskreis regt an, ein städtisches Geschichtsportal zu erstellen. In diesem Geschichtsportal könnte ein regionales Personen-Wiki enthalten sein, das sich besonders mit den Namenspatengebern der Kategorien A und B auseinandersetzt und die Entscheidungsprozesse und Beschlüsse zu Straßennamen transparent und öffentlich nachvollziehbar macht.

Erläuterungen zu den Empfehlungen

Im Rahmen des Ratsauftrages hat sich der Arbeitskreis mit NS-belasteten Straßennamen beschäftigt. Diese Einschränkung führte dazu, dass sich der Arbeitskreis nicht mit (potenziellen) Straßennamen beschäftigt hat, die jenseits des NS-Kontextes diskussionswürdig sind. Auch diese Diskussionen sind jedoch im Sinne der Erinnerungskultur notwendig.

Das angeregte städtische Geschichtsportal könnte auch hier der strittigen Auseinandersetzung um Aspekte der Siegener Erinnerungskultur und die Diskussion über Stadtgeschichte dienen. Hier sollte die Biographieforschung und damit verbunden die Straßennamenspraxis eine zentrale Rolle spielen.

Die Ehrung verdienter Persönlichkeiten durch die Benennung von Straßen, Plätzen und nichtpostalischen Orten nach ihnen ist ein zentraler Baustein städtischer Erinnerungskultur. Noch nicht abgeschlossen ist die Diskussion, wer und welche Gruppen ehrungswürdig sind und ob sich Ungerechtigkeiten aus der bisherigen Nichtberücksichtigung von Personen oder Gruppen ergeben. Insofern ist auch die im Zusammenhang mit dem Bürgerantrag zur Umbenennung der Fissmer-Anlage zugesagte, aber nicht begonnene Auseinandersetzung mit der Siegener Verwaltungsgeschichte am Beispiel des Oberbürgermeisters Alfred Fissmer und

von Personen wie dem Stadtoberinspektor Wilhelm Langenbach notwendig, um auch hier die Grundlagen für eine sachgerechte Auseinandersetzung mit Personen und Themen zu schaffen. Das angeregte städtische Geschichtsportal soll der strittigen Auseinandersetzung um Aspekte der Siegener Erinnerungskultur und der Diskussion über Stadtgeschichte dienen.

Weitere Problematiken im Zusammenhang mit Straßenumbenennungen

Der Arbeitskreis ist sich bewusst, dass Straßenumbenennungen für die Anwohner und Anlieger der betroffenen Straßen erhebliche Probleme mit sich bringen können. Hier ist nach Ansicht des AK durch die Verwaltung frühzeitig ein Servicepaket zu erstellen, das den Betroffenen die bürokratischen Lasten und Kosten soweit wie möglich minimiert. Es sollten den Betroffenen nach Möglichkeit keine Gebühren entstehen.

Beteiligung der Öffentlichkeit

Der weitere Prozess sollte gerade für betroffene Anwohnerinnen und Anwohner transparent und öffentlich verlaufen. Dafür sind bei Bedarf auch Bürgerversammlungen und Informationsveranstaltungen zu organisieren. Eine sachliche, öffentliche und moderierte Diskussionen über Ehrungen im öffentlichen Raum ist aus Sicht des Arbeitskreises ausdrücklich erwünscht.

Anhang

Kategorie A

Adolf-Wagner-Straße

Benannt nach: Adolf Wagner

Jahr der Benennung: 1927

Zur Person: Adolf Wagner, geboren 1935 in Erlangen, war Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler. Nach dem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Göttingen und Heidelberg von 1853-1857 war er zunächst Dozent ab 1858 an der Handelsakademie in Wien und ab 1863 an der kaufmännischen Fortbildungsgesellschaft in Hamburg. 1865 wurde er ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Statistik in Dorpat und 1868 in Freiburg. Von 1870-1917 versah er die Professur für Staatswissenschaften, Volkswirtschaftslehre und Kameralistik in Berlin. Wagner war ein führendes Mitglied des Konservativen Central-Comitees, das sich zur antisemitischen Berliner Bewegung formierte. Hier wirkte er unter anderem mit Adolf Stoecker und Heinrich von Treitschke zusammen. Auch wurde er 1881 Mitglied in Stoeckers Christlich-Sozialen Partei. Von 1882 bis 1885 war Wagner Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses sowie ab 1910 Mitglied des preußischen Herrenhauses. Er starb 1917 in Berlin.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Wagner war Parteigänger führender Antisemiten im Deutschen Reich, Adolf Stoecker und Heinrich von Treitschke. Er ist als Wegbereiter des Nationalsozialismus anzusehen.

Literatur in Auswahl:

Hansen, Eckhard/Tennstedt, Florian u.a. (Hrsg.): Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1871 bis 1945, Band 1: Sozialpolitiker im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1918, Kassel 2010, in: URL: Microsoft Word - Biolex<http://www.uni-kassel.de/upress/online/frei/978-3-86219-038-6.volltext.frei.pdf>-Titel-Inhalt.doc (uni-kassel.de) [aufgerufen 17.02.2022]

Bergfriederstraße

Benannt nach: Jakob Henrich

Jahr der Benennung: 1957

Zur Person: „Bergfrieder“ ist das Pseudonym des Heimatautors Jakob Henrich (1862-1961). Geboren in Eisern war er von 1889 bis 1924 Volksschullehrer in Krombach. Darüber hinaus trat er als Heimatforscher und Dichter in Erscheinung. Politisch war Henrich zunächst in der christlich-sozialen Partei Adolf Stoeckers, danach seit mindestens 1921 bis 1930 in der deutschnationalen Volkspartei aktiv. 1929 beteiligte er sich an dem Volksbegehren gegen „Young-Plan und Kriegsschuldlüge“ der rechten Parteien. Von 1930 bis 1933 gehörte er dem „Evangelischen Volksdienst“ (EVD), einem antisemitischen Flügel des „Christlich-Sozialen

380 Volksdiensts“, an. Nach 1933 sind weder eine Parteizugehörigkeit noch eine Verbindung zu
381 den Nationalsozialisten nachzuweisen.

382 Jakob Henrich publizierte in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts regelmäßig in der
383 Tageszeitung „Das Volk“ (Stoecker-Zeitung), Rubrik „Ausguck“. Dabei vertrat er dezidiert
384 antisemitische Auffassungen im Sinne eines Adolf Stoecker, zum Beispiel:

385 „Für Ahasver (den ewigen Juden!) sind die Rauch- und Rauschgifte nur Mittel zum Zweck, um
386 die feinsten Nerven und den Willen der Wirtsvölker zu töten und die Betäubten ganz zu
387 fesseln.“ (1925)

388 Anlässlich seines 90. Geburtstages (1952) wurde Jakob Henrich zum Ehrenbürger seines
389 Geburtsorts Eisern ernannt und zu seinem 95. Geburtstag (1957) erhielt er das
390 Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

391 Begründung der Einstufung in Kategorie A:

392 Henrich war extremer Antisemit und verbreitete sein aggressiv antisemitisches Gedankengut
393 über Jahre hinweg über Publikationen in der Gesellschaft. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg
394 behielt er diese Ansichten bei, so dass keine Reue oder Selbstreflektion zu erkennen sind.

395 Literatur in Auswahl:

396 Henrich, Jakob, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen
397 Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:
398 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)
399 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

400

401 **Diemstraße**

402 Benannt nach: Carl Diem

403 Jahr der Benennung: 1975

404 Zur Person: Carl Diem, geb. 1882 in Würzburg, trat seit seiner Gründung des Sportvereins SC
405 Markomannia Berlin im Jahr 1899 in vielfältiger Weise als Sportfunktionär in Erscheinung.
406 1913 rief er die Verleihung „Deutsches Sportabzeichen“ ins Leben und wurde Generalsekretär
407 des „Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen“. Im Jahr 1916 plante er die
408 Olympischen Spiele 1916 in Berlin, die wegen des Ersten Weltkriegs nicht stattfanden. 1920
409 fanden erstmal die von ihm angeregten Reichjugendwettkämpfe, Vorläufer der heutigen
410 Bundesjugendspiele, statt. Auch engagierte er sich maßgeblich an der Gründung der
411 Deutschen Sporthochschule für Leibesübungen in Berlin, der ersten Sporthochschule
412 weltweit, als deren Prorektor er fungierte. Diem wirkte bei den Olympischen Spielen 1928 und
413 1932 als Missionschef der deutschen Olympiamannschaften. 1933 verlor er sein Amt als
414 Generalsekretär des Reichsausschusses für Leibesübungen und musste als Prorektor der
415 Sporthochschule zurücktreten, weil er sich weigerte, in die NSDAP einzutreten. 1934 stuften
416 die Nationalsozialisten ihn als „politisch unzuverlässig“ ein, vermutlich wegen der jüdischen
417 Verwandten seiner Ehefrau. Nichtsdestotrotz wirkte er maßgeblich an der NS-Propaganda
418 mit. So wirkte Diem als Generalsekretär des Organisationskomitees seit 1933 entscheidend an

der Planung und Durchführung der Olympischen Spiele 1936 mit. Auf ihn geht der bis heute praktizierte Fackellauf zu Beginn der Spiele zurück. Von 1936 bis 1945 war er Leiter des Internationalen Olympischen Instituts in Berlin. 1939 erhielt Diem die Leitung der Auslandsabteilung des Nationalsozialistischen Reichsbunds für Leibesübungen. Seine Publikationen und Äußerungen dieser Zeit folgten dem Duktus der NS-Ideologie mit Sätzen wie „Sport ist freiwilliges Soldatentum“. Unter seinen Veröffentlichungen ist das Werk „Olympische Flamme“ (1942) hervorzuheben, das als wichtiges Zeitdokument nationalsozialistischer Sportpropaganda gilt. Militärisch begeistert, wenn auch nie Soldat geworden, meldete sich Diem 1944 mit über 60-jährig freiwillig zum Volkssturm. Kurz vor Kriegsende spornte er Mitglieder der Hitlerjugend auf dem Reichssportfeld in Berlin zu einem „finalen Opfergang für den Führer“ an. In den folgenden Tagen kamen mehrere hundert Jugendliche im aussichtslosen Kampf gegen sowjetische Panzer in der Nähe des Reichssportfelds ums Leben. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde Diem 1947 Rektor der von ihm gegründeten Deutschen Sporthochschule in Köln. 1950 bis 1953 war er zudem Sportreferent im Bundesinnenministerium und erhielt 1953 das große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland. 1956 verlieh ihm das Internationale Olympische Komitee den Olympischen Orden. Diem verstarb 1962 in Köln.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Diem förderte in seiner Funktion als Sportfunktionär den NS-Staat und unterstützte maßgeblich dessen Propaganda. Er wirkte in führender Position an der Gleichschaltung von Verbänden und der Einführung des Führerprinzips mit. Schließlich verklärte er Sport als freiwilliges Soldatentum und mobilisierte zu Kriegsende 1945 Hitlerjungen zu einem finalen Opfergang für den Führer.

Literatur in Auswahl:

Becker, Frank: Den Sport gestalten. Carl Diems Leben (1882–1962), vier Bde., Duisburg 2009–2011.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): Erinnerungspolitik oder kritische Forschung? Der Streit um Carl Diem, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 59 (2011) 3, S. 197-296.

Schäfer, Ralf: Militarismus, Nationalismus, Antisemitismus. Carl Diem und die Politisierung des bürgerlichen Sports im Kaiserreich, Berlin 2011.

Hindenburgstraße

Benannt nach: Paul von Hindenburg

Jahr der Benennung: 1915

Zur Person: Paul von Hindenburg, geb. am 2. Oktober 1847, trat nach dem Besuch des Gymnasiums in die Kadettenanstalt in Wahlstatt ein. Er nahm an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil. Am Ende seiner wechselvollen Militärlaufbahn hatte er den Rang eines kommandierenden Generals erreicht und trat 1911 aus dem Militärdienst aus. Wenige Wochen nach dem Beginn des Ersten Weltkriegs wurde er am 21. August 1914 zurückgeholt.

Er erhielt den Oberbefehl über die 8. Armee mit Erich Ludendorff als Chef des Stabes. In der Schlacht bei Tannenberg (26.-30. August 1914) schlug er die 2. Russische Armee vernichtend, was ihm den nachwirkenden Mythos des „Siegers von Tannenberg“ einbrachte. Die 1. Russische Armee besiegte er wenig später in der Schlacht an den Masurischen Seen (6.-15. September 1914). Erfolgte am 1. November 1914 zunächst seine Ernennung zum Oberkommandanten über alle deutschen Truppen der Ostfront (OberOst), so erhielt Hindenburg am 29. August die Oberste Heeresleitung (OHL). In letzterer Position trug er maßgebliche Verantwortung u. a. für den uneingeschränkten U-Bootkrieg sowie die Ablehnung eines Verständigungsfriedens wie auch eines harten Gewaltfriedens. Nach Kriegsende propagierte Hindenburg im Reichstag die „Dolchstoßlegende“ in den Rücken des „unbesiegten“ Heeres durch links politische Agitation, Streiks und Sabotagen, was zum Zusammenbruch des Deutschen Reichs 1918 führte. Die Dolchstoßlegende sollte während der gesamten Zeit der Weimarer Republik ein wesentlicher Teil rechts-nationaler Propaganda sein. Hindenburg zog sich 1919 in den Ruhestand zurück, bis ihn 1925 rechte Parteien zur Kandidatur bei der Reichspräsidentenwahl 1925 drängten. Er gewann die Wahl und nahm das Amt an, obwohl er grundlegend monarchische und antiparlamentarische Auffassungen vertrat. Seit 1930 setzte Hindenburg mehrere von sich abhängige Reichskanzler ein (Brüning, Papen, Schleicher). Um einen Reichspräsidenten Hitler zu verhindern, wurde Hindenburg 1932 auch von demokratischen Kräften wiedergewählt. Den Reichstag selbst destabilisierte der Reichspräsident allerdings durch mehrfache Auflösungen des Parlaments, in dem sich bei der Wiederwahl 1932 schließlich keine demokratische Mehrheit mehr fand.

Am 30.01.1933 ernannte Hindenburg schließlich Adolf Hitler zum Reichskanzler, im Übrigen bei klarem Verstand und selbstbestimmt. In den kommenden Monaten schuf Hindenburg durch seine Zustimmung zu mehreren Gesetzen und Verordnungen entscheidende Grundlagen zur Etablierung der NS-Diktatur mit ihrer judenfeindlichen Politik. Dies waren: 28.02.1933 Verordnung des Reichspräsidenten „zum Schutz von Volk und Staat“; 24.03.1933 „Ermächtigungsgesetz“, Gesetz „zur Behebung der Not von Volk und Reich“: „Art. 2: Von der Regierung beschlossene Gesetze können von der Reichsverfassung abweichen.“; 01.04.1933 Boykott jüdischer Geschäfte; 07.04.1933 Gesetz „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“: „§ 3: (1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.“ 22.04.1933 Berufsverbot für jüdische Kassenärzte. In seinem „politischen Testament“ vom 11. Mai 1934 zog Hindenburg ein positives Fazit über die damit vollzogene Einrichtung der NS-Diktatur und war sich der Richtigkeit seiner letztendlichen Entscheidung sicher: „Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zu innerer Einheit zusammenzuführen, einen entscheidenden Schritt von historischer Tragweite getan.“ (Pyta 2007, S. 867) Paul von Hindenburg starb am 2. August 1934 und wurde im Denkmal von Tannenberg beigesetzt (seit 1945 Grabstätte in der Marburger Elisabethkirche).

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Hindenburg trat als Angehöriger der obersten Heeresleitung Ende des Ersten Weltkriegs einem vorzeitigen Kriegsende mittels Verständigungsfrieden entgegen. Mit der Förderung der Dolchstoßlegende trug er zur Mobilisierung antidemokratischer Kräfte und damit der

501 Zerstörung der Weimar Republik bei. Mit der Auflösung des Reichstags als Reichspräsident
502 1930 bahnte er entscheidend den Weg für eine politische Radikalisierung und
503 Destabilisierung. Es folgte in der aktiven Mitverantwortung des Entscheiders Hindenburg die
504 Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933. Er genehmigte schließlich mehrere Gesetze,
505 darunter Ermächtigungsgesetz, die Grundlagen zur Einrichtung der Diktatur schufen. Damit
506 trug er maßgeblich zur Zerstörung der Republik und zur Begründung der NS-Diktatur bei.
507 Wenn er auch nicht alleiniger „Steigbügelhalter“ Hitlers und dessen Parteigänger war, leistete
508 er mit seinem Verhalten, seinen Ansichten und seinen Entscheidungen Grundlagen zum
509 Aufstieg der Nationalsozialisten.

510 Literatur in Auswahl:

511 Pyta, Wolfram: Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler, München 2007.

512 Pyta, Wolfram: „Nicht alternativlos. Wie ein Reichskanzler Hitler hätte verhindert werden
513 können“, in: Historische Zeitschrift 312 (2021) Heft 2, S. 1–51.

514

515 **Lothar-Irle-Straße**

516 Benannt nach: Lothar Irle

517 Jahr der Benennung: 1975

518 Zur Person: Lothar Irle, geboren 1905 in Niedersetzen, besuchte nach der Untersekunda die
519 Präparandie, eine Ausbildungsstätte für Volksschullehrer, in Hilchenbach. Ebendort besuchte
520 er dann im Anschluss von 1922 bis 1925 das Lehrerseminar. In diesen Lehrjahren erfuhr er als
521 Mitglied einer Gruppe radikaler, völkisch gesinnter Seminaristen eine antidemokratische,
522 antisemitische Prägung, die er zeitlebens – auch nach 1945 – beibehalten sollte. Auch
523 engagierte er sich in völkisch-nationalistischen Organisationen, seit 1923 dem Jungwiking des
524 Bundes Wiking und seit 1924 dem Völkisch-Sozialen Block, einer Ersatzorganisation der zu
525 diesem Zeitpunkt verbotenen NSDAP. Konnte Irle auf Grund der Stellenlage den Lehrerberuf
526 nicht antreten, so nahm er im Wintersemester 1925/26 das Studium der Fächer Deutsch und
527 Geschichte in Marburg auf. Nach dem Wintersemester 1927 musste er sein Studium aus
528 finanziellen Gründen abbrechen und konnte es erst zum Wintersemester 1929 wieder
529 fortsetzen, allerdings in Frankfurt am Main. Ende 1931 promovierte er zum Dr. phil. Danach
530 war Irle als Lehrer an verschiedenen Schulen im Kreis Siegen tätig. Nachdem er 1934 seine
531 zweite Staatsprüfung abgelegt hatte, erfolgte im Juni 1934 seine Berufung als Dozent an die
532 Hochschule für Lehrerbildung in Dortmund.

533 1931 war Irle auch in die NSDAP eingetreten und erhielt kurze Zeit später das Amt des
534 Ortsgruppenkulturwarts der Ortsgruppe Geisweid. Im April 1932 wurde er zum
535 Ortsgruppenleiter der neu gegründeten Ortsgruppe Setzen ernannt und versah das Amt bis
536 Anfang 1933. Mitglied des SA-Sturms 130 (Siegen) war Irle seit 1. November 1933 und später
537 Mitglied des SA-Sturms 98 (Dortmund). 1937 zum Oberscharführer befördert, ließ er sich Ende
538 1938 wegen Überlastung beurlauben. Seit August 1932 war Irle Kreisfachberater für
539 Lehrerfragen bei der NSDAP-Kreisleitung Siegen. Nach dem Eintritt in den
540 Nationalsozialistischen Lehrerbund im Oktober 1932 wirkte er als dessen Kreisobmann Siegen-

541 Land. Nach der Machtergreifung 1933 bekleidete Irle vielfältige Positionen im
542 Nationalsozialistischen Lehrerbund. Er war Kreisleiter (1933-1934) sowie Gaufachredner
543 (1933-1937). 1937 trat er in den Gaudozentenbund ein und war seit Oktober 1938 örtlicher
544 Dozentenbundführer an der Hochschule für Lehrerbildung in Dortmund und im Gau
545 Westfalen-Süd. Ebenso hatte er die Leitung der Dozentenschaft und der Gaufachschaft I
546 „Lehrer an Hochschulen“ im Nationalsozialistischen Lehrerbund inne. Gerade durch seine
547 vielfältigen Aktivitäten im Bildungsbereich verbreitete Irle aktiv seine von der
548 nationalsozialistischen Ideologische durchdrungenen Vorstellungen. Des Weiteren war Irle
549 seit 1934 Mitglied des NS-Wohlfahrtsverbands, Gauschulungsredner der NSDAP, Mitglied der
550 Reichslesebuchkommissionen Hessen und Industriegebiet, Reichsfachbearbeiter für
551 Personenkunde in der Parteiämlichen Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Volkskunde und
552 Mitglied des Reichluftschutzbundes. 1941 erhielt er die Dienstauszeichnung der NSDAP in
553 Bronze für zehnjährige Mitgliedschaft in der NSDAP.

554 Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs meldete sich Irle freiwillig zum Kriegsdienst. Im
555 Dezember 1939 wurde er als Kanonier nach Königsberg eingezogen und in der Folge in
556 verschiedenen Einheiten an unterschiedlichen Kriegsschauplätzen eingesetzt. Er fand dabei
557 auch abseits der Front Verwendung, so dass er weiterhin ideologisch wirken konnte. 1944
558 übertrug ihm das Oberkommando der Wehrmacht die literarische Leitung einer neu zu
559 schaffenden kleinen Grabenbibliothek für Frontsoldaten. Im Mai 1945 geriet Irle in
560 Kriegsgefangenschaft, die bis zu seiner Entlassung am 27. März 1947 andauert.

561 Nach Kriegsende war Irle infolge des Entnazifizierungsverfahrens vom Lehrerberuf
562 ausgeschlossen und arbeitete stattdessen bei einer Versicherungsgesellschaft. Daneben
563 zeigte er vielfältiges Engagement im Bereich der Volks- und Heimatkunde, so zum Beispiel im
564 Sauerländischen Gebirgsverein. 1962 erfolgte auf Irle Anregung hin die Gründung einer
565 Familienkundlichen Arbeitsgemeinschaft im Siegerländer Heimat- und Geschichtsverein,
566 dessen Mitglied er seit 1925 war. Im Siegerländer Heimatverein gehörte er zum Vorstand. Die
567 Bemühungen des Sauerländer Gebirgsvereins zur Auszeichnung Irles mit dem Verdienstorden
568 der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1965 scheiterten allerdings. Seine überkommenen
569 Denkmuster hat er nach 1945 nie aufgegeben, so dass sie sich in angepasstem Gewand
570 weiterhin in seinen Schriften und Vorträgen finden. Sein „Siegerländer Persönlichkeiten- und
571 Geschlechter-Lexikon“ spart beispielsweise NS-Hintergründe aus und enthält keine jüdischen
572 Mitbürger oder Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus. Von persönlicher Reue
573 oder dergleichen ist nichts bekannt. Irle starb 1974.

574 Begründung der Einstufung in Kategorie A:

575 Irle trat bereits vor 1933 der NSDAP bei, was ihn als aus Sicht der NS-Elite politisch als
576 besonders zuverlässig auszeichnete. Er war in mehreren NS-Organisationen in leitender
577 Funktion tätig sowie Mitglied der SA, was einerseits seine besondere Identifikation mit dem
578 NS-Regime herausstellt und andererseits seine dezidierte Unterstützung und Förderung des
579 NS-Regimes aufzeigt. Er ist demnach nicht nur als Mitläufer anzusprechen. Als Lehrender und
580 Schriftsteller wirkte Irle als Propagandist und trug auf unterschiedlichen Wegen aktiv zur
581 Verbreitung von nationalsozialistischem und antisemitischem Gedankengut. Irle erzog junge
582 Menschen gemäß NS-Ideologie und trug zur Gleichschaltung der Lehrerschaft bei.

583 Erschwerend kommt hinzu, dass Irle sich nach 1945 nicht von seinen ideologischen
584 Vorstellungen distanzierte, sondern diesen verhaftet blieb.

585 Literatur in Auswahl:

586 Elkar, Rainer S.: Die Memoria des Dr. Lothar Irle. Ein Beitrag zur Geschichte eines „Ur-
587 Siegerländers“, in: Siegener Beiträge 18 (2013), S. 217-233.

588 Wolf, Thomas: Lothar Irle (1905-1974). Biografische Skizze eines Heimat- und
589 Familienforschers. Oder: warum ehrt(e) die Lothar-Irle-Straße in Siegen einen „bekennenden
590 Antisemiten“? <https://www.siwiarchiv.de/thomas-wolf-lothar-irle-1905-1974/> [aufgerufen
591 17.02.2022]

592

593

594 **Porschestraße**

595 Benannt nach: Ferdinand Porsche

596 Jahr der Benennung: 1975

597 Zur Person: Ferdinand Porsche, geb. 1875 in Böhmen, war Automobilkonstrukteur. Er
598 entwickelte zunächst einen elektrischen Radnabenmotor (Patent 1896). Seit 1906 war Porsche
599 als Nachfolger von Paul Daimler Entwicklungs- und Produktionsleiter bei der Österreichischen
600 Daimler-Motoren-Gesellschaft (Austro-Daimler), wo er 1917 zum Generaldirektor aufstieg.
601 Dort arbeitete er an Personenkraftwagen, Flugzeugen und Rennwagen. 1923 wurde Porsche
602 Leiter des Konstruktionsbüros und Vorstandsmitglied der Daimler-Motoren-Gesellschaft in
603 Stuttgart. In dieser Zeit profilierte er sich als erfolgreicher Rennwagenkonstrukteur. Nachdem
604 sein Arbeitsvertrag 1928 nicht verlängert wurde, gründete Porsche am 1. Dezember 1930 sein
605 eigenes Konstruktionsbüro in Stuttgart. 1934 hatte er auf Drängen Hitlers seine
606 tschechoslowakische Staatsangehörigkeit abgelegt und die deutsche angenommen. Seit 1934
607 erfolgte die Konstruktion des deutschen Volkswagens (KdF-Wagen) im Auftrag des
608 Reichsverbands der Automobilindustrie, seit 1937 die Konstruktion eines Volkstraktors durch
609 die Porsche GmbH. 1937 trat er in die NSDAP ein. 1942 erfolgte Porsches Aufnahme
610 ehrenhalber in die Allgemeine SS als SS-Oberführer. Nachdem er 1938 Hauptgeschäftsführer
611 und Mitglied des Aufsichtsrats der Volkswagen GmbH in Berlin-Charlottenburg geworden war,
612 erfolgte 1939 die Ernennung zum Wehrwirtschaftsführer. Damit war sein intensives
613 Engagement in der Kriegs- und Rüstungsindustrie eingeleitet. 1941 bis 1943 als
614 Vorsitzender der Panzerkommission wirkend, war er in der Folge Rüstungsrat. 1942 übernahm
615 er die Leitung der Prüf- und Versuchsabteilung der kraftfahrtechnischen Lehranstalt der
616 Waffen-SS in Wien-Schönbrunn. Die Produktion des Volkswagenwerks stellte Porsche nach
617 Kriegsbeginn auf Rüstungsgüter, darunter die „Vergeltungswaffe“ V1, um. Für den Ausbau
618 seines Werks forderte er 1941 bei Heinrich Himmler sowjetische Kriegsgefangene als
619 Zwangsarbeiter an und bat Hitler 1942 persönlich um KZ-Häftlinge für ein Bauprojekt bei VW.
620 In diesem Zusammenhang wurde auf dem Gelände des Volkswagenwerks in Wolfsburg
621 (Fallersleben) das KZ Arbeitsdorf eingerichtet, das als erstes selbstständiges
622 Konzentrationslager zur industriellen Verwendung der Häftlingsarbeit diente. Insgesamt

waren während des Zweiten Weltkriegs rund zwei Drittel der Belegschaft des Volkswagenwerks (ca. 20.000 Menschen) Zwangsarbeiter und Häftlinge des KZ Arbeitsdorf, von denen rund 500 ums Leben kamen. Für die Zwangsarbeiterkinder ließ die Betriebsleitung von VW, darunter auch Porsche, eine „Ausländerkinder-Pflegestätte“ in Rügen einrichten. Hier starben mehrere hundert Säuglinge und Kinder, wobei Porsche nach Aussage des SS-Arztes Hans Körbel über die schlechte Situation der Kinder in Kenntnis gesetzt war. Im Zuge seiner Tätigkeiten, gerade während des Zweiten Weltkriegs, schöpfte Porsche die ihm verliehenen Mittel des NS-Regimes aus und pflegte persönliche Kontakte zu Hitler und Himmler. Auch mit Blick auf das eigene Fortkommen stellte er seine genialen Fähigkeiten als Konstrukteur in die Dienste des NS-Regimes. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geriet Porsche in französische Gefangenschaft. 1948 erlangte er einen Freispruch vor einem französischen Gericht. Nachdem sein Spruchkammerverfahren am 30. August 1949 eingestellt worden war, kehrte er nach Stuttgart zurück. Porsche starb im Jahr 1951.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Porsche war maßgeblich am Aufbau der deutschen Rüstungsindustrie für den und im Zweiten Weltkrieg beteiligt und stand durch die Leitung des VW-Werks im Dienst des NS-Staates, für den er als eine maßgebliche Stütze fungierte. Zu politischen Führern (Hitler, Himmler) besaß er direkten Kontakt, was er zu seinem persönlichen wie beruflichen Fortkommen ausnutzte. Zur Förderung der Rüstungsindustrie setzte er in besonderem Maße Zwangsarbeiter ein, von denen in seiner Verantwortung mehrere hundert Menschen – darunter auch Säuglinge von Zwangsarbeiterinnen – starben. In diesem Zusammenhang war Porsche maßgeblicher Wegbereiter der industriellen Verwendung der KZ-Häftlingsarbeit, so dass er als „Pionier der KZ-Häftlingsarbeit“ anzusprechen ist.

Literatur in Auswahl:

Autengruber, Peter/Nemec, Birgit/Rathkolb, Oliver/Wenninger, Florian: Umstrittene Wiener Straßennamen. Ein kritisches Lesebuch, Wien/Graz/Klagenfurt 2014, S. 239–242, in: URL: <https://www.deutsche-biographie.de/gnd118595881.html#ndb>,

content [aufgerufen 17.02.2022]

Grieger, Manfred: Ferdinand Porsche (1875-1951), publiziert am 19.04.2018 in: Stadtarchiv Stuttgart,

URL: https://www.stadtlexikon-stuttgart.de/article/a82961bb-0266-4fb5-b2ce-61da345c548c/Ferdinand_Porsche_%281875-1951%29.html [aufgerufen 17.02.2022]

Viehöver, Ulrich: Ferdinand Porsche. Hitlers Lieblingskonstrukteur, Wehrwirtschaftsführer und Kriegsgewinnler, in: Hermann G. Abmayr (Hrsg.), Stuttgarter NS-Täter. Vom Mitläufer bis zum Massenmörder, Stuttgart 2009, S. 239-267.

662 Stoeckerstraße

663 Benannt nach: Adolf Stoecker

664 Jahr der Benennung: 1927

665 Zur Person: Adolf Stoecker, geboren 1835 als Sohn eines Wachtmeisters in Halberstadt,
666 studierte von 1854 bis 1857 Theologie in Berlin und Halberstadt. Nach der Anstellung als
667 Hauslehrer bei dem Grafen von Lambsdorff in Rinseln (1857-1862) trat er nach seinem
668 Oberlehrerexamen in den Pfarrdienst ein, den er 1863 zunächst in Seggerde (Altmark), ab
669 1866 in Hamersleben und ab 1871 als Divisionspfarrer in Metz versah. 1874 berief Kaiser
670 Wilhelm I. Stoecker nach Berlin in das Amt des vierten Hof- und Dompredigers (1880 dritter
671 und 1883 zweiter Hof- und Domprediger). Zudem wurde er Mitglied des
672 Generalsynodalvorstands der altpreußischen Landeskirche und übernahm 1877 die Leitung
673 der „Berliner Stadtmission“. 1887 wurde er Herausgeber der „Neuen evangelischen
674 Kirchenzeitung“. Der national-patriotische eingestellte Stoecker vertrat ein volkskirchliches
675 Konzept, das die Rechristianisierung der Gesellschaft zum Ziel hatte. Politisch aktiv wurde
676 Stoecker 1878 mit der Gründung der „Christlichsozialen Arbeiterpartei“. Diese zeichnete sich
677 durch eine christlich-monarchische Sozialpolitik sowie antisemitische Agitation aus, prangerte
678 Missstände des Kapitalismus an und war sozialdemokratiefeindlich eingestellt. Da der Erfolg
679 bei der Reichstagswahl 1878 ausblieb, wurde mit der Umbenennung in „Christlichsoziale
680 Partei“ im Jahr 1881 versucht, Unterstützer aus bürgerlichen Kreisen zu gewinnen. 1881
681 schlossen sich die Christlichsoziale Partei der Deutschkonservativen Partei als selbstständige
682 Gruppe an, woraufhin sich Stoecker bemühte Letztere zu einer Volkspartei zu machen. Er war
683 von 1879 bis 1898 Mitglied im Preußischen Abgeordnetenhaus sowie von 1880 bis 1893
684 Mitglied des Reichstags für die Deutschkonservative Partei als Mandatsträger für das
685 Siegerland. Nachdem Stoecker 1887/88 mit dem rechten Parteiflügel der Konservativen in
686 immer stärkeren Widerspruch zu Bismarck gelangte, versuchte Stoecker, den Prinzen und
687 späteren Kaiser Wilhelm II. gegen den Reichskanzler einzunehmen. 1889 erzwang Bismarck
688 allerdings eine öffentliche Verzichtserklärung Stoeckers auf politische Betätigung. 1890
689 erfolgte die Abberufung als Hofprediger auf Grund seines politischen Engagements und seiner
690 antisemitischen Propaganda durch Wilhelm II. Nach der Abberufung Bismarck erlangte
691 Stoecker wieder Einfluss in der Deutschkonservativen Partei. 1892 bestimmte er mit
692 Unterstützung des rechten Parteiflügels die antisozialdemokratische, antisemitische
693 Neuausrichtung der Partei im sogenannten „Tivoli-Programm“ entscheidend mit. Von 1898
694 bis 1908 war Stoecker wieder Mitglied des Reichstags, blieb jedoch politisch ohne Einfluss.

695 Als Vertreter eines radikalen Antisemitismus in Erscheinung tretend, wurde Stoecker zu einem
696 Wegbereiter des Antisemitismus in Deutschland bzw. im Deutschen Reich. Er hetzte gegen das
697 Judentum, das er als Feind der Gesellschaft und Ursache wirtschaftlicher Depression
698 darstellte. Stoecker stand dabei in Verbindung mit der Antisemitenliga des Wilhelm Mars.
699 Auch war er eine der führenden Köpfe im Berliner Antisemitismusstreit (1879-1881), der 1880
700 zur Gründung der „Berliner Bewegung“ als Zusammenschluss antisemitischer Gruppierungen
701 führte. In diesem Kontext hielt er am 9. September 1879 einen berühmten Vortrag über
702 „Unsere Forderungen an das moderne Judentum“ mit Aufruf: „Wir bieten den Juden den
703 Kampf an bis zum völligen Siege und wollen nicht eher ruhen, als bis sie hier in Berlin von dem
704 hohem Postament, auf das sie sich gestellt haben, herabgestürzt sind in den Staub, wohin sie

gehören.“ (zitiert nach: Walter Frank, Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich- soziale Bewegung, Berlin 1928, S. 106) Mit dieser und weiteren Aussagen sollte er bis in die Zeit des Nationalsozialismus nachwirken. Stoecker war auch an der sogenannten Antisemitenpetition im Jahr 1880 beteiligt, die 1881 dem Reichskanzler übergeben wurde. Darin wurden zum Beispiel ein Verbot jüdischer Einwanderung, ein Ausschluss aller Juden von obrigkeitlichen Ämtern und dem Volksschulwesen sowie eine Beschränkung im Justiz- und im höheren Schulwesen gefordert. Stoecker bezeichnete sich später selbst als „Begründer der antisemitischen“ Bewegung und schrieb sich zum Beispiel 1893 im preußischen Abgeordnetenhaus selbst zu, die „Judenfrage“ aus dem literarischen Kontext in die Politik gebracht zu haben. Ungeachtet seiner antisemitischen Agitation war bei Stoecker eine rassistische Einstellung allenfalls geringfügig ausgeprägt. Juden waren ihm keine blutbestimmte Rasse, sondern eine Religion, so dass Konvertiten keine für ihn keine Juden mehr darstellten. Für das Fortwirken seiner antisemitischen Vorstellung und deren Rezeption war dies unerheblich. Die inhaltlichen Verbindungen in „Mein Kampf“ und anderen nationalsozialistischen Publikationen sind evident. Darüber hinaus griffen die Nationalsozialisten Stoeckers Kritik am Kapitalismus sowie die Liberalismus- und Sozialdemokratiefeindlichkeit auf. Stoecker avancierte somit zum Wegbereiter für die Nationalsozialisten. Im Siegerland war Stoecker durch sein Mandat im Reichstag für die Region bekannt und verbreitete durch die Zeitung „Das Volk“ als Presseorgan der Christlichsozialen Partei, seit 1899 in Siegen herausgegeben, sein Gedankengut in der Region.

Stoecker starb 1909 in Bozen.

Begründung der Einstufung in Kategorie A:

Stoecker vertrat einen radikalen Antisemitismus, wobei er entscheidenden Anteil an der Formierung einer organisierten antisemitischen Bewegung besaß und antisemitische Beschuldigungen in breiten Kreisen gesellschaftsfähig machte. Als Begründer der Berliner Bewegung stand er einer antisemitischen, chauvinistischen und das Militär verherrlichenden Bewegung vor. Für die völkische Rechte wie auch die Nationalsozialisten stellte er einen wichtigen Wegbereiter dar. Gerade im Siegerland trug die Stoecker-Bewegung maßgeblich zur Ausbildung einer antisemitischen Grundeinstellung der Bevölkerung bei.

Literatur in Auswahl:

Bennewitz, Joachim: Adolf Stoecker: Theologe, Politiker und Antisemit, in: Berlinische Monatsschrift 3 (1999), S. 11-18.

Engelmann, Hans: Kirche am Abgrund. Adolf Stoecker und seine antijüdische Bewegung (Studien zu jüdischem Volk und christlicher Gemeinde, 5), Berlin 1984.

Frank, Walter: Hofprediger Adolf Stoecker und die christlich- soziale Bewegung, Berlin 1928.

Opfermann, Ulrich F.: „Im Volksleib schlimmer als der Tuberkulosen-Bazillus“. Zur Verbreitung und Rezeption des christlich-sozialen Antisemitismus, 1881-1914, Teil 1, in: Siegerner Beiträge 11 (2006), S. 109-146; Teil 2: Themen – Forderungen - Antisemitismus und Milieu, in: Siegerner Beiträge 12 (2007), S. 81-114.

745 **Kategorie B**

746

747 **Adolf-Saenger-Straße**

748 Benannt nach: Adolf Saenger

749 Jahr der Benennung: 1961

750 Zur Person: Adolf Saenger, geboren 1884 in Niederdielfen, war Sohn eines Landwirts und
751 absolvierte eine Ausbildung zum Kesselschmied. Als Soldat im Ersten Weltkrieg verwundet,
752 erhielt er im Lazarett in Dortmund Zeichenunterricht. 1917 ging er nach München zum
753 Studium an der dortigen Kunstgewerbeschule. Das Studium der Bildhauerei an der Hochschule
754 der bildenden Künste in Berlin nahm er 1920 auf. 1932 wurde er Mitglied im Verein Berliner
755 Künstler. Inspiration erhielt er auf zwei längeren Italienreisen in den Jahren 1926 und 1939.
756 Im Fokus seines Schaffens stand die Darstellung des menschlichen Körpers in höchster
757 Anspannung, auch beschäftigte er sich wiederholt mit Pferdemoskiven. Nach 1933 gelangte er
758 zu größerer Anerkennung und arbeitete für hochrangige Auftraggeber aus den Reihen des NS-
759 Apparats. Dies waren u. a. das Propagandaministerium, das Erziehungsministerium und die
760 Luftkriegsschule Dresden. Die Reichskammer der bildenden Künste lobte ihn als einen „der
761 hervorragendsten Träger der neuen deutschen Romantik“. Saenger war auch Mitglied der
762 Reichskammer der bildenden Künste. Nachdem sein Atelier durch einen Luftangriff im Jahr
763 1943 zerstört wurde, lebte er noch bis 1947 in Berlin. Danach zog er zurück nach
764 Niederdielfen, wo er sich künstlerisch auf Landschaftsbilder und Gruppenbilder fokussierte.
765 Auch schuf er beispielsweise die Gedenktafel für die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs in
766 Göttingen und gestaltete die erste deutsche Goldmünze der Bundesbank nach 1945. Im Jahr
767 1952 erhielt Saenger den Kritiker-Preis der Stadt Siegen, 1959 das Bundesverdienstkreuz des
768 Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Er starb 1961 in Niederdielfen. Im Mai 1975
769 schenkte seine Witwe Johanna Saenger dem Kreis Siegen-Wittgenstein und der Stadt Siegen
770 jeweils zur Hälfte Ölgemälde, Zeichnungen und Skizzen aus dem Nachlass ihres Ehemannes.

771 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

772 Saenger wurde als Künstler insbesondere in der NS-Zeit wertgeschätzt und war für
773 hochrangige Auftraggeber im NS-Staat, insbesondere das Propagandaministerium, tätig.
774 Dadurch stellte seine Kunst in den Dienst des NS-Regimes und unterstützte deren Propaganda
775 an exponierter Stelle. Diese problematischen Aspekte sind auf einem Zusatzschild zu
776 erläutern.

777 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

- 778 a) *Adolf Saenger (1884-1961), Bildhauer und Maler, Förderer der nationalsozialistischen*
779 *Kulturpolitik*
780 b) *Adolf Saenger (1884-1961), Bildhauer und Maler – bei der Straßenbenennung 1961*
781 *blieb seine Tätigkeit für Auftraggeber im NS-Staat und damit die Vereinnahmung seiner*
782 *Kunst durch die Nationalsozialisten unberücksichtigt.*

783 Literatur in Auswahl:

784 Adolf Saenger. 23. März 1884-7. Mai 1961, hrsg. von der Stadt Siegen, Siegen 1984.

785 Saenger, Adolf S., in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen
786 Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:
787 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)
788 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

789

790 **Carl-Dresler-Straße**

791 Benannt nach: Carl Wilhelm Dresler

792 Jahr der Benennung: 1975

793 Zur Person: Carl Wilhelm Dresler, geboren 1877 in Kreuztal, erlangte an der Königlichen
794 Bergakademie in Berlin das Bergreferendar-Examen. Seit 1911 (bis 1947) war als Leiter der
795 Gewerkschaft „Eisenzecher Zug“ in Eiserfeld tätig, unterbrochen von der Teilnahme am Ersten
796 Weltkrieg als Rittmeister von 1914 bis 1916. 1930 (bis 1947) wurde Dresler Mitglied im
797 Aufsichtsrat Siegener AG sowie Direktor der Grube „Storch und Schöneberg“ in Gosenbach.
798 Der Industrielle, Grubendirektor und Königlich Preußische Bergassessor Dresler prägte
799 nachhaltig die Industriekultur im Siegerland und gehört zu den einflussreichen Akteuren des
800 regionalen Eisenerzbergbaus. Darüber hinaus war er sozial engagiert. Auf seine Initiative
801 entstanden etwa die Siedlungen für Bergleute am Kaiserschacht in Eiserfeld und in den
802 „Karpaten“ in Brachbach. Auch zeichnete sich Dresler durch vielfältige ehrenamtliche
803 Tätigkeiten aus: Von 1935 bis 1948 war er erster Vorsitzender des Siegerländer Heimat- und
804 Geschichtsvereins, am Ende Ehrenmitglied. Weiterhin war er Ehrenvorsitzender der Freunde
805 und Förderer des Siegerlandmuseums, des Evangelischen Volksvereins, des Kreisverbands
806 Siegen des Kyffhäuserbundes der Sanitätsbereitschaft des DRK Eiserfeld und anderer mehr.
807 1957 ernannte ihn die Gemeinde Eiserfeld zum Ehrenbürger. Er starb 1971.

808 Dreslers Rolle im Dritten Reich beschränkt sich in der öffentlichen Diskussion im Wesentlichen
809 auf einen persönlichen Schicksalsschlag, nämlich den Tod seiner drei Söhne im Zweiten
810 Weltkrieg. Der mit der Person Dreslers in Verbindung stehende Einsatz von Zwangsarbeitern
811 in der Rüstungsindustrie wird hingegen vielfach nicht thematisiert. Dresler war bereits in der
812 „Zerstörungsphase“ der Weimarer Republik durch antidemokratische Kräfte Mitglied der
813 Deutschen Nationalen Volkspartei (DNVP) (1929) und der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“
814 (1933). Nähe zum Nationalsozialismus ist gemäß Aussage des Eiserfelder NSDAP-
815 Ortsgruppenleiters Walter Daub aus dem Jahr 1939 anzunehmen: „Er erkennt die großen
816 Erfolge der nat[ional] soz[ialistischen] Regierung an und spricht mit einer Hochachtung und
817 Bewunderung vom Führer und seinem Werk [...] Finanziell hat Dresler die Bewegung immer
818 unterstützt, selbst zu einer Zeit, als er noch tonangebend in der DNV[P] war“. Die finanzielle
819 Unterstützung bezeichnete Dresler später vor dem Entnazifizierungsausschuss als „privates
820 Darlehen“. Als Direktor der Gewerkschaft Grube Eisenzecher Zug war Dresler auch am
821 Zwangsarbeitereinsatz beteiligt. Bereits 1942 waren hier die ersten sowjetischen
822 Zwangsarbeitskräfte eingesetzt worden; der Anteil der Zwangsarbeiter im Lager Kaiserschacht
823 betrug im Jahre 1944 zum Beispiel 348 von 882 Beschäftigten. Über die Behandlung der
824 Zwangsarbeiter, für die Dresler als Direktor die Verantwortung trug, liegen aus dem

825 Entnazifizierungsverfahren widersprüchliche Zeugenaussagen vor. So beschrieb ein
826 italienischer Kriegsgefangener in einem Bericht vom Juli 1945 katastrophale Zustände auf der
827 Eisenzeche, mit schwerer körperlicher Arbeit, schlechter Ernährung sowie Gewalttaten und
828 Misshandlungen mit Todesfolge. Dagegen gaben zwei junge Frau aus der Sowjetunion im Juni
829 1947 zu Protokoll, dass Dresler alles tat, damit die jungen Frauen gute Lebensumstände
830 besaßen und sie bei Problemen Unterstützung fanden. Insgesamt zogen sie ein positives Fazit
831 vom Lagerleben und über die Person Dreslers. Bei den beiden Aussagen ist zu berücksichtigen,
832 dass die Arbeit der Männer und Frauen sich unterschied, wie auch aus den Berichten zu
833 entnehmen ist, was sich demnach wohl auf die Arbeitssituation und die Unterbringung
834 auswirkte.

835 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

836 Dreslers Vita umfasst problematische Aspekte wie die Mitgliedschaft in rechtsgerichteten
837 Parteien, die mutmaßliche Nähe zum Nationalsozialismus u. a. durch finanzielle Unterstützung
838 sowie die Beschäftigung in Verbindung mit der zuweilen schlechten Behandlung von
839 Zwangsarbeitern, die auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

840 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

841 *Carl Wilhelm Dresler (1877-1971), Industrieller, Grubendirektor und königlich-preußischer*
842 *Bergassessor, Ehrenbürger von Eiserfeld – bei der Straßenbenennung 1975 blieben seine*
843 *finanzielle Unterstützung der Nationalsozialisten sowie die Beschäftigung von*
844 *Zwangsarbeitern bei mitunter schlechter Behandlung unberücksichtigt.*

845 Literatur und Quellen in Auswahl:

846 Dresler, Carl Wilhelm, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den
847 Altkreisen Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:
848 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)
849 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

850 Stadtarchiv Siegen, Bestand 1912, Nr. 159

851

852 **Dr.h.c.Karl-Barichstraße**

853 Benannt nach: Dr. Karl Barich

854 Jahr der Benennung: 2008

855 Zur Person: Karl Barich, geboren 1901 in Dortmund, studierte zunächst Lehramt. Nach dem
856 Examen 1922 änderte er seine berufliche Ausrichtung und nahm ein Studium der
857 Betriebswirtschaft in Köln und Mannheim auf. 1923 trat er der Burschenschaft Hansea
858 Mannheim bei. Im Anschluss an sein Studium zunächst als Dozent an Berufs- und
859 Handelsschulen tätig, wirkte er seit 1937 als Preisprüfer und Sachverständiger auf dem Eisen-
860 und Stahlsektor im Regierungsbezirk Arnsberg. Im Jahr 1940 kam er als Prokurist und Leiter
861 der Hauptverwaltung zu den Geisweider Eisenwerken, in denen Zwangsarbeiter beschäftigt
862 wurden; 1944 beispielsweise 1.073 von 2.280 Beschäftigten. Nach der Machtergreifung trat
863 Barich nicht in die NSDAP ein, besaß aber seit 1933 eine Anwartschaft zum Eintritt in die

864 Allgemeine SS, die er finanziell unterstützte. Weiterhin war er Mitglied im
865 Nationalsozialistischen Lehrerbund (1933), Nationalsozialistischen Fliegerkorps (1941),
866 Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik (1941) und im nationalsozialistisch
867 ausgerichteten Verein für das Deutschtum im Ausland (1937). Nach dem Ende des Zweiten
868 Weltkriegs war Barich Mitglied im Vorstand der Geisweider Eisenwerke. Seit 1947 wirkte er
869 im Vorstand der Hüttenwerk Geisweid AG sowie seit 1951 im Vorstand der neu gegründeten
870 Stahlwerke Südwestfalen AG. Letztere leitete er 1954 bis 1970 als Vorstandsvorsitzender,
871 wobei er das Unternehmen von der Massen- auf die Edelstahlherzeugung umstellte und zur
872 Entwicklung der Stahlwerke Südwestfalen AG zu einem der führenden Unternehmen der
873 europäischen Edelstahlindustrie entscheidend beitrug. In der Nachkriegszeit war Barich
874 zudem einer von elf Stahltreuhändern, die Vorschläge zur Neuordnung der Eisen- und
875 Stahlindustrie unterbreiteten. 1957 verlieh ihm die Wirtschaftshochschule Mannheim die
876 Ehrendoktorwürde. 1966 erfolgte die Auszeichnung mit dem Großen Verdienstkreuz der
877 Bundesrepublik Deutschland sowie 1978 mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern der
878 Bundesrepublik Deutschland. 1970 verlieh ihm die Stadt Hüttental das Ehrenbürgerrecht.
879 Barich starb 1995.

880 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

881 Barichs Vita umfasst problematische Aspekte bezüglich seiner Spenden an die SS, der SS-
882 Anwartschaft und der Mitgliedschaft in NS-Organisationen. In den Geisweider Eisenwerken
883 waren während seiner dortigen Tätigkeit zahlreiche Zwangsarbeiter eingesetzt. Diese Aspekte
884 sollten auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

885 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

886 *Dr. h.c. Karl Barich (1901-1995), Industrieller, Ehrenbürger der Stadt Hüttental – bei der*
887 *Straßenbenennung 2008 blieben seine Nähe zur SS und Mitgliedschaften in NS-Organisationen*
888 *unberücksichtigt.*

889 Literatur und Quellen in Auswahl:

890 Barich, Karl, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen
891 und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL:
892 [http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/)
893 [verzeichnis/](http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/) [aufgerufen 21.02.2022]

894 Stadtarchiv Siegen, Bestand 1912, Nr. 759

895 **Hans-Kruse-Straße**

896 Benannt nach: Dr. Hans Kruse

897 Jahr der Benennung: 1975

898 Zur Person: Dr. Hans Kruse, geboren 1882 in Iserlohn, absolvierte in Berlin, Leipzig und
899 Marburg ein Studium der Geschichte, Germanistik und Theologie. In Marburg trat er 1902 dem
900 antisemitischen Verein Deutscher Studenten bei. Ebendort promovierte er 1906 mit einer
901 Arbeit zur Lederindustrie im Fürstentum Nassau-Siegen zum Dr. phil. Kruse trat daraufhin in
902 den Schuldienst ein und erhielt 1910 eine Anstellung als Studienrat an der höheren

Töchter Schule in Siegen. Im folgenden Jahr wirkte er maßgeblich an der Gründung des Siegerländer Heimat- und Geschichtsvereins („Verein für Heimatkunde und Heimatschutz im Siegerlande samt Nachbargebieten“) mit. Auch trat er in den Verwaltungsrat des Siegerlandmuseums ein. 1915 war Kruse an der Gründung des Westfälischen Heimatbundes beteiligt. Seit 1920 fungierte er als Herausgeber des Siegerländer Heimatkalenders. Er auch verfasste zahlreiche Beiträge zur Geschichte Siegens und des Siegerlandes. 1927 übernahm Kruse die Leitung des Siegerlandmuseums, das er in der Folge entscheidend neu konzipierte und mit größeren Ausstellungen aufblühen ließ. Auch gründete er die Siegener Stadtbibliothek. Mit der Einrichtung eines hauptamtlichen eingerichteten Stadtarchivs im Jahr 1929, fungierte er zudem als dessen Leiter. Kruse war auch politisch aktiv und zwar seit 1917 in der Deutschen Vaterlandspartei und seit etwa 1925 bis 1933 in der nationalliberalen Deutschen Volkspartei. Allerdings näherte sich Kruse gedanklich sukzessive den Nationalsozialisten und deren Vorstellungswelt an. War betreffendes Gedankengut bereits vor der Machtergreifung bei ihm verhaftet, so tritt seit 1933 die Übernahme nationalsozialistischer Ideologie etwa in eigenen Aussagen, seinen Jahresrückblicken im Heimatkalender, in Lobreden und durch die Kooperation mit dem NS-Regime deutlich hervor. Mutmaßlich war Kruse auch Mitglied der NSDAP. Auch in Kruses Museumsarbeit finden sich entsprechende Spuren. Gemäß nationalsozialistischer Anschauung besaßen Museen einen ideologischen Auftrag zur Volksbildung. Kruse versuchte dies bei Bürgermeister und NS-Funktionären auszunutzen, um eine Erweiterung des Museums und seiner Sammlungen zu erreichen. Inhaltlich fanden im Siegerlandmuseum in den 1930er Jahren mehrere Sonderausstellungen mit dezidiertem Bezug zur NS-Ideologie statt, so die militärhistorische Ausstellung 1935, die Wanderausstellung „Rasse-Sippe-Siedlung“ und die 1938 Bergmanns-Sonderausstellung. Zum Publikum zählten in dieser Zeit neben Schulklassen vornehmlich Angehörige von NS-Organisationen. Kruse starb 1941.

Begründung der Einstufung in Kategorie B:

Kruses Vita umfasst problematische Aspekte wie die offene Unterstützung des NS-Regimes und seine mutmaßliche NSDAP-Mitgliedschaft, die auf einem Zusatzschild erläutert werden sollten.

Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

Dr. Hans Kruse (1882-1941), Historiker und Archivar – bei der Straßenbenennung 1975 blieben sein völkischer Hintergrund und die offene Unterstützung des NS-Regimes unberücksichtigt.

Literatur in Auswahl:

Böttger, Hermann: Hans Kruse 1882-1941, in: Nassauische Lebensbilder, Bd. 5 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Nassau 10,5), hrsg. von Karl Wolf, Wiesbaden 1955, S. 275-284.

Kruse, Hans, in: Regionales Personenlexikon zum Nationalsozialismus in den Altkreisen Siegen und Wittgenstein, bearb. von Ulrich Opfermann, Siegen 2014, in: URL: <http://akteureundtaeterimnsinsiegenundwittgenstein.blogspot.de/a-bis-z/alphabetisches-verzeichnis/> [aufgerufen 21.02.2022]

943 Wolf, Thomas: Dr. Hans Kruse (1882 – 1941). Politiker, Archivar und Historiker im
944 Nationalsozialismus – drei Aspekte eines rechten Wissenschaftlers, in: URL:
945 <https://de.slideshare.net/siwiarchiv/dr-hans-kruse> [aufgerufen 21.02.2022]

946

947 **Ostlandstraße**

948 Benannt nach: Ostland (s.u.)

949 Jahr der Benennung: 1955

950 Zur Namensgebung: Im ausgehenden 19. Jahrhundert wurde der Begriff „Ostland“ mit der
951 Forderung nationalistisch-völkischer Kreise zur Kolonisierung des osteuropäischen Raums
952 gemäß mittelalterlichen Vorbilds und dessen Annektierung verbunden, um neuen
953 Lebensraum im Osten zu gewinnen. Dabei wurde ein natürliches Herrschaftsrecht eines
954 überlegenden deutschen Kulturvolks gegenüber einer angeblich minderwertigen slawischen
955 Bevölkerung konstruiert, was auch rasseideologische Vorstellungen einfließen ließ. Der Drang
956 nach Osten in das „Ostland“ stellte dabei ein integrales Element des wilhelminischen
957 Antisemitismus dar, verbunden mit der Forderung nach einer „Germanisierung“ weiter Teile
958 des osteuropäischen Raums. In der Weimarer Zeit propagierten die völkischen Rechten wie
959 auch Adolf Hitler die Wiederaufnahme der kaiserzeitlichen „Ostland-Politik“ unter der Parole
960 „Volk ohne Raum“. Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten blühte die
961 geschürte Ostland-Begeisterung weiter auf. Der Begriff „Ostland“ stand dabei sinnbildlich für
962 Hitlers Intention der „Eroberung von Lebensraum im Osten“. Mit Überfall auf die Sowjetunion
963 im Jahr 1941 wurde ein konkreter Schritt zur Umsetzung der Ostlandpolitik vollzogen. Das
964 Ostland selbst erfuhr dabei durch das im Juli 1941 eingerichtete Reichskommissariat Ostland
965 (Lettland, Litauen, Estland, überwiegender Teil des westlichen Weißrusslands) nunmehr als
966 geographischer Raum eine genauere Definition. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs
967 entstanden in den 1950er und 1960er Jahren viele Ostlandstraßen in Westdeutschland. Die
968 Namensgebung lässt überwiegend auf Verbindungen zum „Ostland“ der Kaiserzeit und des
969 Nationalsozialismus schließen. Dies ist auch in Siegen-Eisern der Fall. Es besteht keine
970 Einbettung der Ostlandstraße in ein Viertel mit Straßennamen nach osteuropäischen Städten
971 in Reminiszenz an die „verlorene Heimat“ der Ostvertriebenen wie zum Beispiel in Köln. Auch
972 handelte sich es bei der Ostlandstraße nicht um eine Wohnsiedlung für Heimatvertriebene.

973 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

974 „Ostland“ ist ein überaus belasteter Begriff durch die Einbindung in nationalistisch-völkisch-
975 rassische wie auch in der Folge nationalsozialistische Vorstellungen. Ein dezidiert Bezug zu
976 Ostvertriebenen, der als Anlass der Namensgebung anzuführen wäre, ist hingegen nur schwer
977 darstellbar. Die besondere Problematik und Bedeutung des Begriffs mit seinen negativ
978 konnotierten Bezügen sollte auf einem Zusatzschild erläutert werden.

979 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

980 „Ostland“: in nationalistisch-völkischen Kreisen Begriff zur Propagierung einer
981 Ostkolonisation im Kaiserreich; unter den Nationalsozialisten verbunden mit der

982 *Vorstellung zur Eroberung von Lebensraum im Osten, 1941 namensgebend für die eroberten*
983 *Gebiete des Reichskommissariats Ostland*

984 Literatur in Auswahl:

985 Opfermann, Ulrich Friedrich: „Naer Oostland willen wij rijden“. Von einer Straße [Siegen-
986 Eisern], die ins Ostland weist, in: Siegener Beiträge 15 (2010), S. 259-264.

987

988 **Otto-Krasa-Weg**

989 Benannt nach: Otto Krasa

990 Jahr der Benennung: 1975

991 Zur Person: Otto Krasa, geboren 1890 in Radungen (Radziunz), kam aus beruflichen Gründen
992 ins Siegerland, wo er seit 1911 in Gosenbach zunächst Volksschullehrer, später Hauptlehrer
993 war. Krasa engagierte sich in besonderem Maße für die Heimatkunde und führte vor allem
994 seit den 1930er Jahren Geländegänge, Ausgrabungen und archäologische Experimente durch.
995 Sein vornehmliches Interesse galt der Eisenverhüttung, so dass er zahlreiche
996 Verhüttungsplätze und Schlackenhalde n ergrub. Seine Motivation lag in der Entdeckung und
997 dies nach Möglichkeit als erste Person. Eine Auswertung der Befunde und Funde führte er
998 hingegen kaum durch. Trotzdem erreichten seine Hypothesen und Forschungsergebnisse
999 weite Verbreitung und trugen zu großer Bekanntheit Krasas bei. Bereits frühzeitig war er vom
1000 30. Juni 1927 bis zum 1. Januar 1928 sowie ab dem 18. Januar 1928 Mitglied der NSDAP. Aus
1001 ungeklärten Gründen, vermutlich wegen der Unvereinbarkeit von verbeamteter Tätigkeit im
1002 öffentlichen Dienst einerseits und Mitgliedschaft in der NSDAP und der KPD andererseits, war
1003 er ab einem nicht bekannten Zeitpunkt kein Parteimitglied mehr. Zum 1. Mai 1933 erfolgte
1004 der Wiedereintritt in die NSDAP. Darüber hinaus war Krasa seit dem 1. April 1933 Mitglied im
1005 Nationalsozialistischen Lehrerbund, der ihn in einem Gutachten als „guten
1006 Nationalsozialisten“ beschrieb. Am 1. November 1933 wurde er Funk- und Pressewart der
1007 lokalen SA-Reserve, bei der er zuletzt im Rang eines Truppführers stand. Nach Aussage im
1008 Entnazifizierungsverfahren diente seine Mitgliedschaft in der SA der Stärkung seiner Position
1009 als Lehrer an der Volksschule gegenüber dem Ortsgruppenleiter der NSDAP. Schließlich trat
1010 der 1937 dem Reichsluftschutzbund bei. Seine heimatkundliche Arbeit betreffend, ist eine
1011 inhaltliche Gleichschaltung bzw. ideologische Vereinnahmung im Gegensatz zu anderen
1012 Wissenschaftlern im Siegerland nur bedingt auszumachen. Seine Tätigkeiten während der NS-
1013 Zeit dienten Krasa nach eigener Aussage allein dem eigenen beruflichen Fortkommen und der
1014 ungestörten Weiterarbeit auf dem Gebiet der Heimatkunde – er nutzte das System demnach
1015 für seine eigenen Zwecke aus. Nichtsdestotrotz findet sich auch in seinen Arbeiten aus der NS-
1016 Zeit die Rekonstruktion völkischer Zugehörigkeit prähistorischer Menschen im Siegerland.
1017 Diese Vorstellungen blieben auch in Arbeiten der Nachkriegszeit enthalten, so dass das Ende
1018 der NS-Zeit für Krasa keinen inhaltlichen Neuanfang bedeutete, sondern vielmehr einen
1019 „Neuanfang ohne Vergangenheitsbewältigung“ (Zeiler 2012, S. 261) darstellte.

1020 Nach dem Ende der NS-Zeit wurde Krasa aus dem Schuldienst entlassen. Der Gosenbacher
1021 Gemeinderat verweigerte ihm im Mai 1947 trotz Lehrermangels die Wiedereinstellung, weil
1022 er an der Schule nicht gern gesehen sei. Im August 1947 stufte der Entnazifizierungsausschuss

1023 Krasa in die Kategorie IV „untragbar“ ein, weil „sehr aktiv in der Interessenvertretung der
1024 Partei“ sowie „sehr unsozial und aggressiv“ gewesen sei. Hans Beck, Assistent an der
1025 Vorgeschichtlichen Abteilung des Landesmuseums für Vor- und Frühgeschichte in Münster
1026 und archäologischer Weggefährte Krasas, hatte bereits im Vorfeld in einem Brief an seinen
1027 Vorgesetzten, den Abteilungsleiter August Stieren, Zweifel an einer Rehabilitierung und
1028 Wiedereinsetzung in den Lehrerberuf in Kenntnis der Entnazifizierungsbestimmungen
1029 geäußert, was an einer untergeordneten Rolle Krasas in der NS-Zeit zweifeln lässt. Mit Beck
1030 und Stieren als Fürsprechern erreichte Krasa jedoch die Wiedereinsetzung als Hauptlehrer im
1031 Dezember 1947. Danach setzte er sich für seine politische Rehabilitierung ein und erreichte
1032 die Wiederaufnahme seines Entnazifizierungsverfahrens. 1949 erfolgte die Einstufung in die
1033 Kategorie V „tragbar“.

1034 In der Folge widmete sich Krasa weiterhin seinen Ausgrabungen. Auf seine Initiative hin wurde
1035 am 13. Oktober 1958 der Heimatverein Gosenbach gegründet, als dessen erster Vorsitzender
1036 er fungierte. 1970 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Eiserfeld ernannt. Krasa starb 1972.
1037 Damit endete eine Ära der archäologischen Arbeit im Siegerland. Nachfolgende Forschungen
1038 basieren noch heute auf seiner Tätigkeit, so dass er noch immer die Archäologie zum
1039 eisenzeitlichen Siegerland beeinflusst.

1040 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

1041 Krasa schloss sich bereits vor 1930 der NSDAP an (sogenannter „Alter Kämpfer“) und zeichnete
1042 sich somit aus Sicht der NS-Elite durch besondere politische Zuverlässigkeit aus. Als
1043 weitergehender Schritt der Anbiederung und Identifizierung mit dem NS-Regime und dem
1044 Nationalsozialismus ist seine Mitgliedschaft in der SA anzusehen. Dabei nutzte er das System
1045 zu seinem persönlichen Vorteil aus. Besondere Belastung der Person deutet sich im
1046 Entnazifizierungsverfahren an, wobei konkrete Taten im Dunkeln bleiben. Nach dem Ende
1047 Nationalsozialismus blieb bei Krasa ein inhaltlicher Neuanfang aus. Seine archäologischen
1048 Arbeiten waren weiterhin von überkommenem, völkischem Gedankengut geprägt. Die
1049 Biographie Krasas ist aus Sicht des Arbeitskreises nicht ausreichend erforscht, um eine
1050 Umbenennung inhaltlich zu rechtfertigen. Insofern war Krasa in die Kategorie B einzustufen.

1051 *Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:*

1052 *Otto Krasa (1890 – 1972), war einer der Begründer der Siegerländer Frühgeschichtsforschung.*
1053 *Er erwarb sich insbesondere durch Ausgrabungen früher Verhüttungsplätze große*
1054 *Bekanntheit. Seit den zwanziger Jahren war er aktiver Nationalsozialist und eine der*
1055 *treibenden Kräfte der NS-Bewegung in Gosenbach. 1970 wurde er zum Eiserfelder Ehrenbürger*
1056 *ernannt.*

1057 Literatur in Auswahl:

1058 Zeiler, Manuel: Otto Krasa. Ein Heimatforscher in der Pionierphase der prähistorischen
1059 Archäologie, in: Siegener Beiträge 17 (2012), S. 247-270.

1060

1061

1062

1063 **Tannenbergstraße**

1064 Benannt nach: Schlacht bei Tannenberg

1065 Jahr der Benennung: 1915

1066 Zur Namensgebung: Vom 26. bis zum 30.08.1914 fand im Ersten Weltkrieg die sogenannte
1067 Schlacht bei Tannenberg statt, in der die 8. Armee unter Hindenburg und Ludendorff die
1068 zahlenmäßig überlegene russische Narev-Armee besiegte. Erst nach der Schlacht wurde der
1069 Ort des Geschehens aus propagandistischen Gründen nach Tannenberg verlegt, um dem im
1070 19. Jahrhundert wachsenden polnischen Grunwaldmythos (Schlacht bei Tannenberg 1410)
1071 einen deutschen Sieg entgegenzusetzen. Der militärische Erfolg begründete den Personenkult
1072 um Paul von Hindenburg als „Held von Tannenberg“ und „Befreier Ostpreußens“. Gerade in
1073 rechtsnational gesinnten Kreisen wurde in der Folge wiederholt auf Tannenberg Bezug
1074 genommen, was einen Höhepunkt im Bau des Tannenberg-Denkmal 1924-1927 fand. Unter
1075 den Nationalsozialisten wurde Tannenberg als Symbol für bedingungslose Aufopferung und
1076 zur Förderung des Hindenburg-Mythos instrumentalisiert, um auf diese Weise die eigene
1077 Propaganda zu befördern.

1078 Begründung der Einstufung in Kategorie B:

1079 Der Straßenname besitzt einen eindeutigen Bezug zur Schlacht bei Tannenberg, die von den
1080 Nationalsozialisten in besonderem Maße ideologisch und propagandistisch herangezogen
1081 wurde (Tannenbergmythos). Dieser Bezug sollte auf einem Zusatzschild erläutert werden.

1082 Der Text eines Erläuterungsschildes könnte lauten:

1083 *Schlacht bei Tannenberg 1914 – der Tannenbergmythos begründete den Personenkult um Paul*
1084 *von Hindenburg, vereinnahmt von der nationalsozialistischen Propaganda*

1085 Literatur in Auswahl:

1086 von Hoegen, Jesko: Der Held von Tannenberg. Genese und Funktion des Hindenburg-Mythos
1087 (1914–1934), Köln 2007.

Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen

Allgemeine Regelungen

Jeder Straßenname kommt im ganzen Stadtgebiet nur einmal vor.

Straßennamen sollen einprägsam sein, gleichlautende oder ähnliche, verwechslungsfähige Namen sind zu vermeiden.

Die Straßenbezeichnung sollte eine Länge von 25 Zeichen inklusive Leerzeichen nicht überschreiten. Es gelten die Regeln der deutschen Rechtschreibung zum Zeitpunkt der Benennung.

Die Straßennamen sollen lokalen und regionalen Bezug haben.

Historische Flur- und Gewannnamen, die infolge einer Überbauung wegfallen, sollen nach Möglichkeit erhalten bleiben und sind daher bevorzugt zu vergeben.

Eine Benennung nach aktuellen Firmennamen erfolgt grundsätzlich nicht.

Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen

Straßenbenennung nach Personen

Die Einschätzung einer Person kann sich im Laufe der Zeit ändern. Daher ist bei der Benennung von Straßen nach Personen Zurückhaltung geboten.

Die Straßenbenennung dient der Ehrung und Erinnerung an eine verdiente Persönlichkeit.

Eine Person muss herausragende individuelle Leistungen und Verdienste aufzeigen, deren Bedeutung nach Gemeinsinn, Sachkenntnis, Tatkraft und Tragweite für das Gemeinwohl zu bemessen ist. Kriterien stellen zum Beispiel der Einsatz für Gemeinwohl, Demokratie und Rechtsstaat, besondere Leistungen in Wissenschaft, Kultur, Sport etc. oder Opfer von Gewalt und Vertreibung dar.

In der gleichen Weise muss der Hintergrund einer Person abgeklärt sein, so dass sie nicht gegen die Prinzipien der Humanität und der Menschenrechte gehandelt hat beziehungsweise ihr Handlungen mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder die Propaganda dafür nachgewiesen werden können.

Eine Verbindung der Persönlichkeit zur Stadt Siegen muss bestehen (Geburtsort, Wirkungsstätte).

Straßen werden nur nach bereits verstorbenen Personen benannt und zwar frühestens zehn Jahre nach deren Ableben.

Bei der Benennung nach Personen aus neuer Zeit sind die nächsten noch lebenden Angehörigen vor einer Entscheidung zu hören, soweit dies mit vertretbarem Aufwand möglich ist.

Frauen sind bei Straßenbenennungen verstärkt zu berücksichtigen, weil sie im Straßenbild unterrepräsentiert sind.

Bei der Benennung werden stets Vorname und Nachname verwendet, um die eindeutige Identifizierung zu gewährleisten. Auf die Nennung von Titeln ist zu verzichten. Die Schreibweise folgt den Angaben der amtlichen Dokumente.

Anlage 1: Kriterien für zukünftige Straßenbenennungen – Empfehlungen des AK Straßennamen

Umbenennung und Kommentierung

Ergeben sich zu einer Person im Nachhinein Erkenntnisse über deren Wertvorstellungen, die im Widerspruch zu den Grundsätzen der Verfassung oder der Menschenrechte stehen, oder über deren aktive Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen oder gruppenbezogenem menschenfeindlichen Handeln, insbesondere Antisemitismus, Rassismus, Homophobie oder wenn diese Person durch eine rassistische oder militant-autoritäre Haltung zu Volksverhetzung und Gewalt beigetragen hat, werden die Optionen zur Straßenumbenennung wie auch zur Kommentierung verfolgt. Dies gilt auch für die Benennungen nach historischen Anlässen und Objekten.

Betrifft die Umbenennung den Namen einer Persönlichkeit, so sollten vor einer Entscheidung die nächsten noch lebenden Angehörigen gehört werden.

Die Kommentierung soll gegenüber einer Umbenennung der historischen Auseinandersetzung und der Aufklärung über Personen und Ereignisse dienen und die Distanzierung nach den Maßstäben der Demokratie und Achtung der Menschenrechte sichtbar machen.

Schilder zur Kommentierung von Personen haben folgende Struktur:
Benennung, Geburts- und Sterbejahr, Beruf, kritische Kommentierung, QR-Code.

Ergänzend zum Zusatzschild ist ein ausführlicheres Biogramm zu erstellen, das über QR-Code aufgerufen werden kann.